



10. Stadtratsprotokoll / 10^{ème} *procès-verbal du Conseil de ville*

Sitzung vom Mittwoch, 17. August 2011, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 17 août 2011 à 18 heures

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / *Présents:*

Ammann Olivier, Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Blättler Schmid Isabelle, Blösch Paul, Bohnenblust Regula, Bösch Andreas, Brassel Urs, Calegari Patrick, Chevallier Barbara, Donzé Pablo, Dunning Samantha, Eschmann René, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Garbani Charlotte, Grivel Pierre-Yves, Grupp Christoph, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Habegger Hans Peter, Habegger Rudolf, Hadorn Werner, Hügli Daniel, Isler Peter, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Köhli Hans Ulrich, Lachat Thomas, Linder Fiorella, Löffel Christian, Magnin Claire, Molina Franziska, Morier-Genoud Michèle, Moser Peter, Némitz Cédric, Nicati Alain, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Sermet Béatrice, Simon Fatima, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sylejmani Ali, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):*

Grünenwald Samuel, Habegger Markus, Menekse Ali, Mischler Peter, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Daphné, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tonon Ariane

Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:*

Stadtpräsident Erich Fehr

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Contini François, Klopfenstein Hubert, Liechti Gertsch Teres, Moeschler Pierre-Yves, Schlauri René, Schwickert Barbara

Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:*

Steidle Silvia

Vorsitz / *Présidence:*

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

Sekretariat / *Secrétariat:*

Regula Klemmer, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i>	Seite/Page
117. Genehmigung der Traktandenliste	438
118. Mitteilungen Stadtratsbüro	438
119. Protokollgenehmigungen (23./24. Februar und 17. März 2011 / Nrn. 2, 3 und 4)	438
120. 20090117 Struktur Biel 2013. Definition der Direktionen und ihrer Aufgaben / Teilrevision des Organisationsreglementes und der Finanzordnung / Motion 20090245 - Unabhängiges städtisches Finanzkontrollorgan / Postulat 20090249 - Unabhängiges Bauinspektorat.....	438
121. Begründung der Dringlichkeit Motion Peter Moser / Stefan Kaufmann, FDP, Poller Mettlenweg	456
122. Begründung der Dringlichkeit Motion Max Wiher, GLP, Variante AGGLOlacPlus	456
120. 20090117 Struktur Biel 2013. Definition der Direktionen und ihrer Aufgaben / Teilrevision des Organisationsreglementes und der Finanzordnung / Motion 20090245 - Unabhängiges städtisches Finanzkontrollorgan / Postulat 20090249 - Unabhängiges Bauinspektorat (Fortsetzung).....	457
123. 20110219 Lindenweg (Passerellenweg-Blumenrain): Kanalisations-erneuerung / Projektgenehmigung und Verpflichtungskredit.....	466
124. 20090154 Tagesschulbericht Mai 2011	470
125. 20110037 Schulraumplanung	476

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung. Als erstes möchte ich dem Stadtpräsidenten, Herrn Fehr, herzlich zum Geburtstag gratulieren (*Applaus*). Auf den Pulten liegen folgende Unterlagen auf:

- Änderungsanträge der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade zu 20090117 Struktur Biel 2013: Definition der Direktionen und Aufgaben / Teilrevision des Organisationsreglementes und der Finanzordnung (weiss)
- Änderungsantrag der Fraktion SP zur Teilrevision des Organisationsreglements (OrgR) im Rahmen des Projekts "Struktur Biel 2013" (orange)
- Änderungsanträge der Fraktion SP zum Beschlussesentwurf bezüglich "Struktur Biel 2013" (rosa)
- Änderungsanträge der Fraktion Grüne Biel zum Beschlussesentwurf bezüglich "Struktur Biel 2013" (grün)
- Jahresbericht 2011 des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel
- Kulturleitbild 2010 des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel
- 0 – 18, Biel für Kinder und Jugendliche, Ausgabe 7, August 2011 (Zeitung der Stadt Biel)
- Geschäftsbericht 2010 des Spitalzentrums Biel-Bienne

Das Mail zum Sitzungsverlauf, auf welches ich noch zu sprechen kommen werde, liegt auf dem Tisch des Weibels auf.

Heute erhielt ich ein Mail von der Baudirektion, die den Stadtrat zu einer Führung durch das Schulhaus Châtelet einlädt. Sie findet am Montag, 5. September 2011, um 18.00 Uhr, statt.

Morgen werden gleich zu Beginn der Sitzung die Wahlen des neuen Stadtratspräsidiums und der beiden Vize-Präsidien stattfinden. Um 21.00 Uhr wird die Sitzung abgebrochen, damit Studentinnen der HKB eine kleine musikalische Einlage darbieten können. Anschliessend findet im Stadtratssaal ein Apéro statt. Mit der voraussichtlich künftigen Stadtratspräsidentin, Frau Esseiva, habe ich vereinbart, dass sie das Präsidium der heutigen Sitzung nach dem Traktandum "Struktur Biel 2013: Definition der Direktionen und ihrer Aufgaben" als Probelauf übernimmt.

Da Herr Grünenwald heute abwesend ist, muss ein Ersatz-Stimmzähler gewählt werden.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum schlägt als Ersatz für Herr Grünenwald Frau Bohnenblust als Stimmzählerin vor.

Abstimmung

Auf Vorschlag der Fraktion Forum wird

Frau Regula Bohnenblust als Ersatzstimmzählerin gewählt.

117. Genehmigung der Traktandenliste

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Den Mitgliedern des Stadtrats wurde per Mail mitgeteilt, wie die heutige Sitzung ablaufen soll. Die Traktandenliste wurde entsprechend angepasst. Da die Fristverlängerungen nicht zwingend im August 2011 behandelt werden müssen, wurden sie auf die Septembersitzung verschoben. Zudem ging ein weiterer Antrag von Herrn Moser ein. Er möchte die dringliche überparteiliche Motion 20110168, "Neubau Kraftwerk Hagneck: Die Veloroute muss offen bleiben!" ebenfalls auf die Septembersitzung verschieben.

Die Traktandenliste wird vom Stadtrat mit diesen Bemerkungen stillschweigend genehmigt.

118. Mitteilungen Stadtratsbüro

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK genehmigte anlässlich ihrer Sitzung vom 11. August 2011 die folgende Abrechnung eines Verpflichtungskredits der Baudirektion in eigener Kompetenz und einstimmig:

- 20070322 Kongresshaus Hochhaus / Zwischennutzung für die Verwaltung / Nachkredit

119. Protokollgenehmigungen (23./24. Februar und 17. März 2011 / Nrn. 2, 3 und 4)

Die Protokolle Nrn. 2, 3 und 4 werden vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

120. 20090117 Struktur Biel 2013. Definition der Direktionen und ihrer Aufgaben / Teilrevision des Organisationsreglementes und der Finanzordnung / Motion 20090245 - Unabhängiges städtisches Finanzkontrollorgan / Postulat 20090249 - Unabhängiges Bauinspektorat

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Zu diesem Geschäft möchte ich ein paar Vorbemerkungen anbringen:

Die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade beantragte, keine Eintretensdebatte zu führen. Meine Bitte an den Stadtrat lautet deshalb, in der folgenden Diskussion die zu stellenden Änderungsanträge gut zu begründen. Zudem bin ich froh, wenn Änderungsanträge möglichst rechtzeitig gestellt werden.

Vor der Sitzung hatte ich eine kurze Diskussion mit Frau Stöckli Schwarzen. Es wird ihr nicht möglich sein, die Kommissionsmeinung in zehn Minuten zu vertreten. Somit

komme ich heute nicht darum herum, die Redezeit etwas zu verlängern. Damit alle die gleichen Voraussetzungen haben, möchte ich sowohl der Kommissionssprecherin als auch den FraktionssprecherInnen 12 Minuten Redezeit zugestehen. Die Einzelsprechenden haben dann aber - wie gewohnt - Anspruch auf fünf Minuten.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Ich mache darauf aufmerksam, dass gemäss Art. 48 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel (SGR 151.21) die Redezeit für Mitglieder von vorberatenden Kommissionen 15 Minuten beträgt.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Gut, dann hat Frau Stöckli Schwarzen eine Redezeit von 15 Minuten. Diese Zeit möchte ich auch den FraktionssprecherInnen zugestehen. Bis jetzt hörte ich von niemandem, das Geschäft solle zurückgewiesen werden. Ist das richtig? Dies scheint der Fall zu sein.

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Ich hoffe, dass ich mit 15 Minuten auskommen werde, da ich ja noch Stellung zu verschiedenen Anträgen nehme.

Im September 2010 sagte das Volk Ja zu fünf Direktionen mit fünf vollamtlichen Gemeinderatsmitgliedern. Heute Abend bestimmt der Stadtrat, wie die fünf Direktionen aussehen und welche Abteilungen dazugehören sollen. Am Schluss der Diskussion stimmt er aber nicht über ein Organigramm ab, sondern über Artikel und Absätze, da diese Änderungen ja im Organisationsreglement vorgenommen werden müssen.

Nun ein paar Worte der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade als Begleitkommission zur Vorlage: Der Gemeinderat setzte sich zwischen Januar und April 2011 zusammen mit einem externen Experten sowie im Kontakt mit Verwaltung und Kommission intensiv mit der Frage auseinander, wie die fünf Direktionen aussehen könnten. Die Verwaltung, insbesondere der Fachausschuss, war näher am Projekt und hatte dadurch die Möglichkeit, aktiv mitzudenken und es zu steuern. Bei der Modellentwicklung war er aber nie aktiv beteiligt. Dort rutschte er in die Rolle der nachvollziehenden, prüfenden Instanz. Aus der Verwaltung gab es mit Ausnahme des Kadern der heutigen Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion trotzdem keinen Widerstand. Insgesamt trägt die Verwaltung das vorgeschlagene Modell mit und auch seitens der Personalverbände ergab sich kein Widerstand. Die Kommission wurde erst spät, nämlich im April 2011, miteinbezogen, um die beiden Modellvarianten "Bevölkerungsdirektion" und "Equilibre" zu bewerten. Vielleicht meinte der Gemeinderat, zuviele Köche würden den Brei verderben. Ein Rückblick zeigt jedoch, dass ein früherer Einbezug der Kommission vielleicht nicht zu einem besseren Resultat, aber sicher zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Variantenwahl und zu einer noch entschlosseneren Haltung der Kommission gegenüber dem Modell "Equilibre" geführt hätte.

Ich stelle fest, dass die Betroffenen und Beteiligten in den Prozess einbezogen wurden. Die Aufgabe war für den Gemeinderat alles andere als einfach. Die Erwartungen an die neue Struktur waren vielfältig: die einen wünschten sich einen visionären, revolutionären Entwurf, die anderen wollten möglichst wenig verändern. Die vorgeschlagene Lösung ist ein gangbarer Weg, ein guter Kompromiss. Eine ideale Lösung gibt es aber nicht. Die Traktandierung des Geschäfts für die heutige

Stadtratssitzung findet die Kommission richtig. Das Geschäft würde auch nicht reifer, wenn noch länger zugewartet würde. Vielmehr entstünden Schwierigkeiten, das Projekt auf Beginn der neuen Legislatur 2013 umzusetzen. Es geht ja nicht nur darum, fünf Direktionen zu bilden und Abteilungen herumschieben. Es geht auch um den Budgetprozess, da Geldflüsse umgelagert werden müssen. Dem Stadtrat wird eine leserliche Budgetvorlage unterbreitet werden müssen, in welcher die Zahlen am richtigen Ort stehen.

Damit komme ich zum Inhalt der Vorlage, der Definition der Direktionen und ihren Aufgaben: Ich gebe die Haltung der Kommission als vorprüfende Instanz wieder. Der Gemeinderat teilte den öffentlichen Auftrag der Stadt in politische Bereiche auf und versuchte, diesen Bereichen die einzelnen Aufgaben zuzuordnen. Dies entnimmt man dem Bericht auf Seite 7. Gewisse Aufgaben können aber verschiedenen politischen Bereichen zugeordnet werden, beispielsweise die Kultur. Sie könnte sowohl der Präsidialdirektion als auch der Bildung zugeordnet werden. Andere Beispiele sind die Integration, das Alter, die Umwelt. Unterschiedliche Kombinationen ergeben unterschiedliche Synergien und damit unterschiedliche Modelle. Unter den Aspekten "politisches Gleichgewicht unter den Direktionen" (gleichmässige Aufgabenverteilung und Führungsverantwortung) ist die vorliegende Variante realistisch.

Welche wesentlichen Veränderungen bringt das Modell "Equilibre"? Der Präsidialstab wird zu einer Direktion, die Stadtplanung wechselt von der Bau- in die Präsidialdirektion und die beiden Bereiche Bildung und Soziales werden getrennt. Der Bereich Soziales wird mit der Sicherheit zusammengelegt. Der ESB wird neu der Baudirektion unterstellt, die Aufgabe Integration der Direktion Soziales und Sicherheit. Die heutige Abteilung Bevölkerung wird zu einem Bereich herabgestuft. Wie im Bericht zu lesen ist, hat die Kommission dazu Stellung genommen. Die Mehrheit der Mitglieder hätte es befürwortet, den Bereich Kultur der Präsidialdirektion anzugliedern und dafür die Stadtplanung aufzuteilen. Die Kommission überlegte sich, was alles zur Stadtentwicklung gehört. Eine solche ist nämlich ganzheitlich, umfassend und nachhaltig. Deshalb wünschte sich die Kommission die Stadtentwicklung zur Präsidialdirektion. Die Trennung von Bildung und Sozialem hingegen war für eine grosse Mehrheit der Kommission eine Selbstverständlichkeit, denn es geht um zwei gewichtige und kostenintensive politische Bereiche. Eine Trennung derselben macht Sinn. Sie macht auch Sinn im Hinblick auf das Gesamtgremium Gemeinderat. Zwei verschiedene Personen werden sich mit den Anliegen befassen und um Geld kämpfen müssen. Dies verspricht eine andere Dynamik. Was die Thematik Zusammenlegung von Sicherheit und Sozialem anbelangt, war die Kommission mehrheitlich der Meinung, dies sei vorstell- und realisierbar. Da das repressive Element Polizei keine Gemeindeangelegenheit mehr ist, hat die Sicherheit gemäss den heutigen Gegebenheiten vor allem präventiven Charakter. Der Datenschutz muss immer gewährleistet werden, egal in welcher Abteilung und in welcher Direktion. Auch andere Städte kennen die Zusammenlegung von Sozialem und Sicherheit und leben gut damit. Der ESB war in der Kommission kein Thema. Bezüglich der Integration war die Kommission der Meinung, sie könne nicht eindeutig zugeordnet werden. Die vorgeschlagene Zuordnung zur Direktion Soziales und Sicherheit ist aber vorteilhaft. Sie hat Signalwirkung und nimmt auf, was der Kanton mit der Integrationsvereinbarung bezweckt: Integration muss bereits bei der Anmeldung beginnen und nicht erst beim Schuleintritt der Kinder oder für kinderlose gar nie. Zudem ergeben sich Synergien zwischen dem Sozialen und der Sicherheit. Beide

befassen sich mit den Folgen und Bedingungen der Integrationsvereinbarung. Viele Migranten beziehen Sozialhilfe und haben dadurch sofort mit den Sozialdiensten zu tun. Die Rückstufung der Abteilung Bevölkerung zu einem Bereich kann die Kommission sehr gut nachvollziehen. Sie gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, die im Bericht angetönten Synergien in den Bereichen Bevölkerung und Steuern mittelfristig weiterzuverfolgen. Eine Änderung könnte der Gemeinderat selber vornehmen, ohne den Stadtrat einbeziehen zu müssen.

Die Kommission beurteilte das Geschäft zweimal mit folgendem Resultat: Sie schluckt die Kröte betreffend Kultur und Stadtplanung. Letztendlich fand sie keine Alternative, wenn das Gleichgewicht zwischen den Direktionen beibehalten werden soll. In Bezug auf die Kultur suchte sie aber noch nach Möglichkeiten einer Verlinkung mit der Präsidialdirektion. Dazu werde ich später noch kommen. Grundsätzlich war die Kommission aber einverstanden mit dem vorgeschlagenen Modell. Bei der Überprüfung des gesamten Geschäfts stiess sie aber auf folgende Aspekte, welche ihrer Ansicht nach noch geklärt, respektive geändert werden könnten:

- Zuständigkeit für Behindertenanliegen?
- Umbenennung der Direktionen Bildung und Kultur (neu: Bildung, Kultur und Generationen) und Bau und Energie (neu: Bau, Energie und Umwelt)
- Unterschiedliche Antragsrechte zwischen Fachstellenleitungen und Delegierten

Nach einem konstruktiven Austausch mit Stadtpräsidium und Verwaltung resultierten daraus folgende Zusatzanträge, welche heute als Tischvorlage aufliegen:

1. Art. 8, Abs. 1, Seite 19

Die Kommission stellt den Antrag, diesen Absatz wie folgt zu ergänzen:

(...) in den Bereichen Stadtentwicklung, Raumplanung (- aufgehoben), städtische Aussenpolitik und Stadtmarketing (- aufgehoben). Sie ist für die Führung des Steuerungsausschusses Stadtentwicklung zuständig. In diesem Gremium werden regelmässig und direktionsübergreifend Fragen der räumlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung zwischen allen beteiligten Mitgliedern des Gemeinderates und fachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung diskutiert.

Damit würde das bestehende Gremium des strategischen Ausschusses Stadtentwicklung im Organisationsreglement verankert. Es entstünde die Möglichkeit, dass alle Gemeinderatsmitglieder gemeinsam und zusammen mit fachkompetenten Mitarbeitenden der Stadtverwaltung wichtige Fragen zur Stadtentwicklung diskutieren könnten und die politischen Entscheide im Gemeinderat gefällt würden. Zu diesem Austausch gehören wirtschaftliche, räumliche, gesellschaftliche und kulturelle Aspekte. Da dieser Ausschuss beim Präsidium angesiedelt ist, ist es klar, dass die Präsidialdirektion immer Zugang zu diesen Informationen hat.

2. OrgR Art. 12, Seite 22

Die Kommission stellt den Antrag, einen zusätzlichen Absatz einzufügen, welcher die Koordination der Behindertenanliegen bei der Direktion Soziales und Sicherheit angliedert. Art. 12 OrgR ist wie folgt zu ergänzen:

^{7 (neu)} **Sie koordiniert die Behindertenanliegen.**

Die Nummerierung der folgenden Absätze wird entsprechend angepasst.

3. Die Kommission stellt den Antrag, die Direktion Bildung und Kultur umzubenennen in **Direktion Bildung, Kultur und Generationen**. Dadurch ergeben sich Änderungen für folgende Artikel:

Kapitel 3.4, Seite 24 (Überschrift)

3.4 Direktion ~~Bildung und Kultur~~ Bildung, Kultur und Generationen

Art. 14, Abs. 1, Seite 24

Die Direktion ~~Bildung und Kultur~~ Bildung, Kultur und Generationen erfüllt die kommunalen Aufgaben (...)

Art. 15, Seite 26

Ausser dem Direktionssekretariat, (...) ist die Direktion ~~Bildung und Kultur~~ Bildung, Kultur und Generationen in folgende Abteilungen gegliedert: (...)

Die Kommission ist der Meinung, dass in der Direktion Bildung und Kultur viel mehr enthalten ist als nur Bildung und Kultur. Es gibt noch eine dritte Dimension. Vorhin sprach ich bereits vom Alter. Die Kommission bemerkte aber, dass es nicht nur um die ältere Generation geht, sondern vielmehr auch um Kinder, Jugendliche und Familien. Dies könnte unter dem Titel "Generationen" zusammengefasst werden.

4. Die Kommission stellt den Antrag, die Direktion Bau und Energie umzubenennen in **Direktion Bau, Energie und Umwelt**. Dadurch ergeben sich Änderungen für folgende Artikel:

Art. 12, Abs. 8, Seite 22

(...) (unter Vorbehalt der diesbezüglichen Aufgaben der Direktion ~~Bau und Energie~~ Bau, Energie und Umwelt).

Kapitel 3.5, Seite 26 (Überschrift)

3.5 Direktion ~~Bau und Energie~~ Bau, Energie und Umwelt

Art. 18, Abs. 3, Seite 26

Die Direktion ~~Bau und Energie~~ Bau, Energie und Umwelt ist verantwortlich für (...)

Art. 19, Seite 27

Ausser dem Direktionssekretariat, das auch für die Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes zuständig ist, ist die Direktion ~~Bau und Energie~~ Bau, Energie und Umwelt in folgende Abteilungen gegliedert: (...)

Der Titel Bau und Energie reichte der Kommission nicht. Sie war der Meinung, auch die Umwelt müsste in diesem Titel enthalten sein. Der Begriff Energie deckt nicht alles ab.

5. Die Kommission stellt fest, dass im OrgR die hierarchische Unterstellung der "Fachstellen" unterschiedlich gehandhabt wird (Fachstelle für Alterspolitik / Fachstelle für Integration und Fachstelle für die Umwelt sowie Delegierte/r für das Stadtmarketing, Kultur, Finanzen etc.). **Sie beantragt die Leitung der Fachstellen Alter, Integration und Umwelt, nicht zuletzt aufgrund der allen gemeinsamen Querschnittfunktion und der Bedeutsamkeit der Aufgaben, ebenfalls fachlich direkt dem zuständigen gemeinderätlichen Direktor/ der zuständigen gemeinderätlichen Direktorin zu unterstellen und in Delegierte umzubenennen.** Dadurch ergeben sich Änderungen für folgende Artikel:

Art. 13, Seite 24

Ausser dem Direktionssekretariat, ~~das auch für die städtische Integrationspolitik verantwortlich ist,~~ (inkl. Delegierter/Delegierte Sicherheit und Delegierter/Delegierte Integration und inkl. Finanzkompetenzzentrum für den kantonalen Lastenausgleich (...)) ist die Direktion Soziales und Sicherheit in folgende Abteilungen gegliedert: (...)

Art. 15, Seite 26

Ausser dem Direktionssekretariat (-aufgehoben), (inkl. Delegierter / Delegierte für Kultur) ~~das auch für die städtische Kulturförderung und die Alterspolitik zuständig ist,~~ und welchem die AHV-Zweigstelle angegliedert ist, ist die Direktion (...):

- Schule & Sport (inkl. Delegierter / Delegierte für Sport);

- (...);

- Städtische Betagtenheime (inkl. Delegierter / Delegierte für das Alter)

Art. 19, Seite 27

Ausser dem Direktionssekretariat (inkl. Delegierter/Delegierte für Umwelt), ~~das auch für die Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes zuständig ist,~~ ist die Direktion (...)

Damit würden alle Fachstellenleitungen zu Delegierten. Dies hat keinen Zusammenhang mit dem Geld oder gar Lohnerhöhungen. Es geht vielmehr darum, dass Delegierte ein direktes Antragsrecht zuhanden der Direktionen bekommen. Dadurch erhalten die Anliegen der Delegierten mehr Bedeutung. Dies ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil alle Fachstellen Querschnittsfunktionen haben.

Nun möchte ich noch ein paar zusätzliche Kommissionsbemerkungen anbringen: Bisher habe ich mich nicht zur neuen Finanzdirektion geäußert. Auch dort sind aber Veränderungen vorgesehen. Diese wurden vor allem durch die GPK und das Rechnungsprüfungsorgan angeregt. Die Unterstellung der Finanzkontrolle muss endlich neu geregelt werden. Diesem Anliegen folgte der Gemeinderat in seinem Vorschlag. Wenn der Stadtrat zustimmt, ergeben sich Konsequenzen für die Finanzordnung, die dann angepasst werden muss. Für die Kommission ist dies selbstverständlich und sie unterstützt diese Änderung. Ein zweiter Aspekt ist das Teilprojekt Verwaltungsreorganisation, das auch die Strukturreform beinhaltet. Dieses Teilprojekt beinhaltete auch eine Aufgabenüberprüfung. Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass dieser Aspekt bis im Herbst sistiert wird, da kein Einsparpotenzial gefunden wurde. Die Kommission nimmt auch zur Kenntnis, dass ein neuer Anlauf geplant ist, sobald neue finanzpolitische Sparvorgaben definiert sind. Welche stadträtliche Kommission schlussendlich für die Aufgabenüberprüfung zuständig sein wird und das Thema Sparpotenzial weiterverfolgen muss, ist noch zu klären.

Die Strukturreform sollte finanziell keine zusätzlichen Kosten verursachen. Kosten wird nur die neue Direktion, respektive der Lohn für das neue Direktorium. Zudem sprach die Kommission über das Schreiben des PSR (Parti socialiste romand), welches die Mitglieder des Stadtrats kennen, sowie den Vorschlag der Grünen Biel. Nach eingehender Diskussion lehnt die Kommission das Anliegen des PSR, die Diskussion zu verschieben und dem Stadtrat mehrere Modelle zu unterbreiten, ab. Sie schliesst sich der Argumentation des Stadtpräsidiums an. Die Mehrheit der Kommission lehnt auch den Vorschlag der Grünen ab. Das bedeutet aber nicht, dass diese Forderungen heute Abend nicht diskutiert werden sollen, im Gegenteil. Heute muss alles auf den Tisch, denn es gilt, für die nächsten Jahre Nägel mit Köpfen zu machen. Jetzt oder nie.

Zusammenfassend ist die Kommission der Meinung, dass im heute vorliegenden Vorschlag gute und seriöse Arbeit steckt. Jede Lösung ist ein Kompromiss. Der vorliegende berücksichtigt die Ausgewogenheit zwischen den Direktionen. Die Kommission empfiehlt Annahme des Geschäfts. Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung im Namen der Kommission für die geleistete Arbeit, für die spürbare Wertschätzung gegenüber der Kommission und ihrer Arbeit und für die Bereitschaft, offen zu kommunizieren und konstruktiv zusammenzuarbeiten. Den Kommissionsmitgliedern danke ich für die konstruktiven und sachbezogenen Diskussionen, für die kollegiale Zusammenarbeit und die zeitliche Flexibilität.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: Dans son message de l'année dernière le Conseil municipal promettait une restructuration, selon des thèmes importants, du développement de la Ville. Le Groupe des Verts s'attendait à une véritable réforme de l'Administration et à des réflexions de fonds sur le devoir de l'Administration dans son rôle de service public. Où est la réflexion stratégique sur

une nouvelle composition de l'Administration? À la lecture du rapport, on remarque que le Conseil municipal part du principe, que l'Administration actuelle est optimale et qu'il suffit de remettre des cases dans cinq récipients. Cette répartition aura duré une année et coûté bien plus de ce qu'elle n'apporte en plus-value de services à la population. De la cosmétique de façade... Dommage!

Le Groupe des Verts voit deux points faibles importants, qui l'ont poussé à proposer une alternative au modèle soumis: d'une part, de trouver dans la même direction, la Sécurité et les Affaires sociales, d'autre part le Développement urbain, qui sera isolé à la Mairie. Le premier point nous gêne beaucoup, puisque entre la Sécurité et les Affaires sociales, nous voyons bien plus de frictions que de synergies. La Direction concernée a la carotte dans une main et le bâton dans l'autre. Comment séparer et protéger les données du Service social de celles de la Sécurité dans une même direction? Dans le même ordre d'idée, l'amalgame fait entre personnes dans le besoin et les problèmes de sécurité - soit la proximité entre intégration et sécurité - est hautement dérangeant. L'intégration, qui doit être menée de façon transversale, doit être affiliée à la Mairie. Le Développement urbain, dans la Direction du Marketing de la Ville, dérange le Groupe des Verts. Le travail du Département de l'urbanisme est étroitement lié aux constructions et à l'infrastructure, dans l'octroi de permis, relevés de cadastre, modifications des plans d'affectation et plans directeurs. Le développement urbain a sa place à la Mairie, parce qu'il est interdisciplinaire et touche aussi bien l'économie, le social, que l'environnement. Là aussi, nous aurions voulu un développement urbain plus développé, comme l'a dit Madame Stöckli Schwarzen.

Dans la proposition du Conseil municipal, l'urbanisation est directement liée au Marketing. En effet, l'urbanisation se fait aussi pour promouvoir une ville, mais cela se fait avant tout pour les habitants, qui y vivent. De plus, la gestion de la mobilité est directement liée à celle des infrastructures et de l'environnement. La mairie regroupe toutes les compétences du développement de la Ville et devient une direction très influente stratégiquement et une Direction des travaux publics, dépendante de la Mairie, qui se limite à gérer des chantiers, si l'on schématise. Le Groupe des Verts a de la peine à l'accepter.

Le Groupe des Verts vous propose un modèle alternatif, qui semble plus équilibré au niveau des compétences stratégiques des directions et dans lequel les synergies sont davantage optimisées. Il s'agit là du contenu de notre proposition d'amendement (feuille verte). La proposition d'amendement est l'expression de l'organigramme, que vous avez reçu la semaine passée de la part du Secrétariat parlementaire. Voici les propositions:

- La Mairie reprend toutes les fonctions transversales: le service central du personnel, la Chancellerie, le développement urbain (nous l'aurions souhaité plus complet), le marketing, la culture et la politique d'intégration. En d'autres termes, elle serait une sorte de pool de développement durable et gèrerait l'image de la Ville. Je me réjouis d'ailleurs d'entendre Erich Fehr sur les tâches précises du développement urbain et celles de l'urbanisme. Le Service de l'urbanisme travaille sur des cas concrets de planifications et devrait faire partie du Département des travaux publics.
- Le Groupe des Verts n'a rien à dire concernant la Direction des finances.

- Nous proposons ensuite une Direction de la sécurité, des générations et de l'espace public. En effet, le sentiment subjectif de sécurité, qui ne doit pas être négligé, est fortement influencé par la gestion quotidienne des espaces publics.
- L'action sociale et le Service de la jeunesse et des adultes rejoignent la Direction de la formation, pour les raisons évoquées auparavant de séparation entre les données liées à la sécurité et les données du social. Les liens entre école et assistance sociale sont étroits et les synergies entre ces services sont naturelles et nécessaires.
- La Direction des travaux publics et de l'environnement doit pouvoir porter son nom. C'est pour cette raison que le Groupe des Verts veut un Service de l'environnement plutôt qu'un poste à 80%, qui doit porter un nombre important de dossiers. L'urbanisme aux travaux publics n'enlève pas la stratégie générale de la Mairie, mais il permet à la Direction des travaux publics, de planifier la mobilité et les espaces publics, pour ne citer que ces exemples, avec les services correspondants des constructions et des infrastructures, outre les synergies évidentes, qui sont compliquées en termes de procédures si l'urbanisme se retrouve à la Mairie. Notre variante soulage la Mairie des aspects techniques, qui doivent être gérés selon nous aux travaux publics. Le lien entre la planification et la réalisation n'en serait que renforcé.

Le modèle du Groupe des Verts n'est pas parfait. Il a aussi des faiblesses et nous en sommes conscients. Mais, il nous semble que l'équilibre est plus équitable, si tous les services étroitement liés à la police, à l'action sociale et à la sécurité ne sont pas concentrés dans une seule direction et si les services stratégiques du développement territorial sont mieux répartis, pour ne pas concentrer les pouvoirs.

Concernant les propositions de modification de la Commission "Structures biennoises 2013 et Esplanade" le Groupe des Verts les accepte toutes, à l'exception de la proposition de modification de l'Art.8, al. 1: "*La Mairie est compétente pour la conduite du Comité de pilotage - Développement de la Ville*". Il n'est pas concevable qu'un organe décisionnel s'ancre dans le fonctionnement du Conseil municipal, qui est l'organe élu et compétent pour prendre des décisions politiques. Qu'il fasse appeler à ses spécialistes dans le cadre de projets précis est tout naturel. Mais, qu'une sélection de cadres influents accède à ce qui ressemble bizarrement à un gouvernement de l'ombre dérange profondément le Groupe des Verts. Nous refusons cette proposition de modification.

Finalement, ce qui nous laisse un goût amer, c'est le fait d'être mis sous pression. Cette pression se fait sentir en amont et une fois de plus, le Conseil municipal nous met devant un fait accompli. Il faut pouvoir préparer le budget 2013, donc impossible de modifier dans le fond l'Administration proposée! Quelle est donc le rôle du Conseil de ville? Il est compétent pour l'organisation des directions, mais il est dit qu'il ne faut rien changer et surtout pas renvoyer le dossier. Où sont les synergies et où sont les entités stratégiques promises dans le message de l'année dernière? Ce n'est pas la réforme de l'Administration, qui était attendue. C'est pour cette raison, que **le Groupe des Verts propose, en lieu et place du modèle municipal, la proposition d'amendement des Verts correspondant au modèle, que vous avez tous et toutes reçues.**

Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste: Le projet de rénovation des institutions municipales arrive dans sa phase décisive. Les choses deviennent concrètes, notamment avec la définition des directions municipales et la répartition des différentes tâches. Il s'agit, ce soir, de répartir les responsabilités politiques et administratives. Le Conseil de ville est responsable de mener, en dernier ressort, ce débat et finalement de trancher. C'est pour cette raison, que la discussion de ce soir est importante et voilà pourquoi nous y avons consacré déjà beaucoup de temps et nous y consacrerons encore quelques heures ce soir.

Le Groupe socialiste a discuté la proposition du Conseil municipal dans le détail. Les résultats de ces réflexions conduisent notre groupe à soutenir le projet du Conseil municipal, en tous les cas sur les axes principaux. Nous voulons, en effet, que l'objectif d'équilibre soit atteint le plus largement possible, même si nous sommes conscients, qu'aucune solution idéale et parfaite n'existe. Il faut viser à la meilleure logique, même si beaucoup de logiques se valent. Il faut un double équilibre: un équilibre au niveau de la quantité des tâches, qui incombent à chaque direction, mais aussi un équilibre politique. Chaque direction doit être en charge d'une partie importante et essentielle de la politique municipale.

C'est pour cette raison, que le Groupe socialiste soutient l'idée de séparer la Direction de la formation et la Direction de l'action sociales. Ces deux domaines sont évidemment essentiels pour la Ville, mais aussi pour les préoccupations, qui sont pour nous prioritaires. Avec deux directions, la formation comme l'action sociale, se trouvent renforcées, aussi bien du point de vue de l'administration, que du point de vue de la gestion politique. Certaines personnes regretteront les synergies et les possibilités de convergence entre ces deux départements. Ici encore, répétons-le, aucun modèle ne permet d'apporter une solution totalement parfaite. Chaque direction reste un peu hybride, parce que les tâches d'une ville sont multiples et il n'est pas possible de nommer quinze ministres, pour gérer chacun de ces nombreux domaines. Plusieurs des tâches gardent forcément une dimension transversale. Dans ce contexte, il faut espérer que les synergies, si elles sont souhaitables et elles le sont, puissent se concrétiser, non seulement à l'intérieur des directions, mais aussi entre les diverses directions.

Pour entrer dans la composition précise des directions, deux domaines nous semblent problématiques. Tout d'abord, le Groupe socialiste n'est pas persuadé qu'il est vraiment pertinent de joindre le domaine de l'intégration dans la Direction de l'action sociale. Les démarches d'intégration ont évidemment une dimension sociale. Il ne faut pas minimiser cette dimension, mais en même temps l'intégration pose des questions liées à l'adaptation des personnes migrantes. Il s'agit pour ces individus ou pour ces familles d'apprendre et de s'initier à la vie de nos sociétés et de notre culture. Cette importante dimension d'apprentissage nous conduit à demander au Conseil municipal de reprendre cette question. Ne serait-il pas mieux de laisser l'intégration dans la Direction de la formation et de la culture? En attendant que cette réflexion puisse aboutir et pour ne pas opérer un va et vient le cas échéant, si on devait imaginer que l'intégration devait effectivement rester avec la formation et la culture, **le Groupe socialiste vous propose (feuille rose) de modifier l'arrêté municipal en conséquence et de laisser, jusqu'à nouvel ordre, le Service spécialisé de l'intégration dans la Direction de la formation et de la culture.**

Le deuxième sujet de préoccupation pour notre groupe a déjà été souligné par le Groupe des Verts: le lien entre le Département de l'action sociale et certaines des activités du Département de la sécurité. Il faut rappeler, que les tâches de police ont été confiées au Canton. De ce fait, une bonne partie de l'appareil répressif n'est plus du ressort direct de la Ville. Néanmoins, l'Administration municipale conserve quelques prérogatives importantes, notamment en matière de police des étrangers. La question qui se pose est de nature éthique, mais aussi politique. Éthiquement, est-il juste que la même direction gère le soutien aux personnes en difficulté au travers de l'action sociale et qu'en même temps, elle soit l'autorité qui sanctionne, par exemple, les questions de permis de séjour? Cette difficulté rebondit politiquement, peut-on imaginer, que le même directeur ou la même directrice municipale puisse porter un discours pertinent et crédible sur ces deux fronts en même temps? Le Groupe socialiste pense, qu'il faut envisager, non pas de sortir la sécurité de cette nouvelle Direction de l'action sociale, mais qu'il faut réfléchir à attribuer les secteurs qui peuvent se révéler problématiques à une autre direction. D'ailleurs, dans la logique des synergies, cela peut faire sens. Je vous donne un exemple, mais il faut y réfléchir pour voir l'abouti: pourquoi ne pas imaginer un rapprochement du Contrôle des habitants avec l'Intendance des impôts? Tout le monde est appelé, dans ces deux domaines, à gérer des fichiers et des listes de résidents. **La deuxième proposition d'amendement du Groupe socialiste est de réfléchir au déplacement de certaines parties du Département de la sécurité dans d'autres directions, pour enlever les questions problématiques.** Le Groupe socialiste vous propose néanmoins de soutenir la proposition du Conseil municipal et se rallie également à la proposition de la Commission "Structures biennoises 2013 et Esplanades".

Deux mots encore en ce qui concerne l'attribution de la culture à la Mairie et de l'urbanisme à la Direction des travaux publics: le Groupe socialiste, après avoir longuement réfléchi sur les propositions que nous vous faisons, estime que la logique veut, que l'on ne change pas ces deux domaines par rapport à la proposition du Conseil municipal. La logique veut que ces deux compétences soient attribuées à la Mairie et non pas à deux directions, qui sont déjà largement dotées. Nous suivrons donc le Conseil municipal sur ce point. Toutes ces paroles vous auront fait comprendre, que le Groupe socialiste dans son ensemble, ne proposera pas le renvoi de la réforme que nous discutons.

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Der Gemeinderat unterbreitet dem Stadtrat seine Vorstellungen, wie die Struktur der Stadtverwaltung ab 2013 aussehen könnte. Der Fraktion Forum ist klar, dass verschiedenste Lösungen möglich wären. Letztlich geht es darum, mit welcher Fragestellung die Problematik angegangen wird und was schlussendlich erreicht werden soll. Die Fragestellung des Gemeinderats erscheint der Fraktion Forum sinnvoll. Sie will einen Ausgleich zwischen den Direktionen erzielen, sei dies in Bezug auf den Arbeitsanfall, auf die Wichtigkeit oder auf die Führung. Für die Fraktion Forum sind folgende Punkte wichtig: eine klare Aufteilung und Zuordnung der Aufgaben, eine ausgeglichene Arbeitsverteilung (anders als heute), die Trennung der Aufgaben Soziales und Bildung. Die Fraktion Forum kann die heutige Vorlage nachvollziehen und unterstützt sie. Sie will nichts ändern nur um des Änderns willen. Offensichtlich gibt es im Gemeinderat Mitglieder, die 2013 auch noch Gemeinderatsmitglieder sein wollen und an ihrer Wunschdirektion herumbasteln. Grundsätzlich ist es falsch, Strukturen um Personen herum

aufzubauen. Es scheint mir aber menschlich und ist nachvollziehbar, nur sollte damit nicht übertrieben werden.

Zu den Änderungsanträgen stellt sich die Fraktion Forum wie folgt: die Änderungsanträge der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade werden unterstützt mit Ausnahme der Namensgebung. Die Direktionen sollten nicht zu kompliziert benannt werden. Die Bevölkerung muss wissen, worum es in einer Direktion geht. In jeder Direktion, vielleicht mit Ausnahme der Finanzdirektion, gibt es Bereiche, welche in der Direktionsbenennung auch noch erwähnt werden könnten. Deshalb steht die Fraktion Forum hinter den Vorschlägen des Gemeinderats, der nur die zwei wichtigsten Bereiche nennen will und wird die Anträge der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade nicht unterstützen.

Zu den Änderungsanträgen der Grünen: Auch die SP erwähnte, dass es kritisch sei, Sicherheit und Soziales einer Direktion zu unterstellen. Es sagte aber niemand, was genau daran kritisch sei. Wahrscheinlich geht es um den Datenschutz. Für die Fraktion Forum bedeutet diese Zusammenlegung hingegen eine Stärkung. Soziales und Sicherheit können eng miteinander arbeiten. Ich weiss nicht, ob der Fall in Pfäffikon (Anmerkung Ratssekretariat: Am 16. August 2011 erschiessst ein 59-jähriger Kosovare die Leiterin des örtlichen Sozialamtes in Pfäffikon) passiert wäre, wenn ein Austausch unter den Ämtern stattgefunden hätte. Je länger je mehr besteht eine Tendenz, die Bearbeitung schwieriger Fälle mit datenschutzrechtlichen Vorwänden zu behindern. Wie gesagt, findet die Fraktion Forum die Zuordnung sinnvoll, sie bewährt sich übrigens auch in anderen Städten.

Zur Frage, ob der Bereich Kultur der Präsidialdirektion angegliedert werden soll: Es wird immer wieder gesagt, die Kultur soll mehr Gewicht erhalten. Wenn aber alles Wichtige in der Präsidialdirektion untergebracht werden soll, entsteht eine grosse Direktion und vier weitere, die permanent Ferien machen könnten... Jede Direktion muss wichtige Aufgaben wahrnehmen. Die Fraktion Forum ist der Meinung, dass die Kultur bei der Bildungsdirektion gut aufgehoben ist. Zudem wird der Bildungsdirektor mehr Zeit haben, sich mit kulturellen Dossiers zu beschäftigen als der Stadtpräsident. Wie gesagt, wird die Fraktion Forum - mit Ausnahme der erwähnten Änderungsanträge der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade - mehrheitlich die Vorlage des Gemeinderats unterstützen.

Fischer Pascal, Fraktion BVP plus: Die Fraktion BVP plus dankt dem Gemeinderat für die gute Präsentation dieses Geschäfts und schliesst sich dem Sprecher der Fraktion Forum an. Sie hat das Geschäft studiert und findet die Vorschläge des Gemeinderats gut für die Bieler Zukunft. Es kann an allem etwas geändert, entfernt oder hinzugefügt werden, aber es gibt keine ideale Lösung, welche für alle alles vorsieht. Deshalb wird die Fraktion BVP plus dem Gemeinderat folgen und lehnt alle aufgelegten Änderungsanträge ab.

Köhli Hans-Ulrich, Fraktion GLP: Der vorliegende Bericht des Gemeinderats ist fundiert, das Modell 5/0 ist breit abgestützt und das Gleichgewicht unter den Direktionen sehr gut aufgegleist. Die Fraktion GLP ist aber immer noch davon überzeugt, dass das Modell 7/0 einen besseren Ausgleich unter den Direktionen ermöglicht hätte. Ausserdem wäre damit ein Engagement in kantonalen und nationalen Gremien wieder möglich gewesen.

Das vorliegende Modell ist eine von vielen Möglichkeiten, die Direktionen zu definieren. Es liegt kein genialer Entwurf vor, dafür aber ein solider Vorschlag, der auf einen politischen und arbeitsmässigen Ausgleich abzielt. Damit kann Biel künftig sicher leben. Die Verankerung des strategischen Ausschusses Stadtentwicklung im Organisationsreglement ist ein wichtiger Schritt, um strategische Lösungen in einem direktionsübergreifenden Gremium zu diskutieren, welchem sowohl Gemeinderat als auch fachkompetente Mitarbeitende angehören. Die Fraktion GLP begrüsst insbesondere die Trennung von Sozialem und Bildung. Bei beiden Sachgebieten ist der Arbeitsaufwand enorm und kann nicht von einer einzigen Direktion sinnvoll bewältigt werden. Zudem ist es für die Fraktion GLP sinnvoll, ja ideal, Soziales und Sicherheit in einer Direktion zusammenzufassen. Kurze Kommunikationswege können zu besseren Entscheiden führen, es entstehen wertvolle Synergien und die Administration kann verbessert werden. Die Fragen betreffend Datenschutz oder zu thematischen Synergien mit der Bildung sind für die Fraktion GLP weniger wichtig als der politisch-inhaltliche Ausgleich.

Die Fraktion GLP unterstützt alle Anträge der Kommission. Zweifel hat sie einzig zur Koordination der Behindertenanliegen, da dieses Thema auf gesetzlicher Ebene bereits direktionsübergreifend gelöst ist. Sie wird sich jedoch nicht dagegen wehren, diesen Aufgabenbereich in der Direktion Soziales und Sicherheit anzugliedern. Ferner freut sich die Fraktion GLP darüber, wenn die Fachstelle Umwelt zu einem Delegierten Umwelt aufgewertet wird und damit mehr Einflussmöglichkeiten erhält. Auch eine direktionsübergreifende, sich um Umweltfragen kümmernde Stelle wäre vorstellbar gewesen. Dies scheint jedoch momentan nicht möglich zu sein. Die Anträge der Fraktion Grüne kann die Fraktion GLP mehrheitlich nicht unterstützen, sie würde jedoch eine eigene Abteilung Umwelt befürworten. Die Anträge der Fraktion SP kann die Fraktion GLP aus vorgenannten Gründen ebenfalls nicht unterstützen.

Leider gibt es für die Fraktion GLP einen grossen Makel an der Vorlage des Gemeinderats: die versprochenen Sparmillionen werden nicht erzielt und es ist auch nicht ersichtlich, ob dieses Ziel künftig erreicht werden kann. Die Fraktion GLP wünscht sich vom Gemeinderat ein Bekenntnis, dass Verwaltung und Administration in Zukunft effizienter arbeiten, und dass das aus Sicht der Fraktion GLP vorhandene Sparpotenzial ausgeschöpft wird. Dieses Sparpotenzial soll sich nicht allein auf die Gebäude beschränken, sondern auch Verwaltungsaufgaben beinhalten. Sollte der Gemeinderat dazu keine klaren Aussagen machen, wird sich die Fraktion GLP der Stimme enthalten. Sie ist der Meinung, dass dieses Sparpotenzial künftig vom Gemeinderat auch mittels von Vorstössen aus Stadtrat umgesetzt werden muss. Die Fraktion GLP wartet gespannt auf die Budgetdebatte und die darin enthaltenen Sparziele des Gemeinderats.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Von rechter Seite scheint dieses Geschäft ziemlich unbestritten zu sein. Dem Vorschlag des Gemeinderats soll zugestimmt werden. Die Fraktion Grüne Biel hat sich vertieft und intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Der Stadtrat trägt die Verantwortung, denn die Struktur der Stadtverwaltung wird durch ihn und nicht durch den Gemeinderat beschlossen. Deshalb stellte die Fraktion Grüne Biel auch die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich habe eine konkrete Frage zum Änderungsantrag zum Beschlussesentwurf der Fraktion SP: So verstehe ich nicht ganz, wo diese Formulierung im Beschlussesentwurf eingefügt werden soll. Handelt es sich um neue Ziffern 4 und 5? Sollte dem so sein, ergäbe sich wohl ein Widerspruch zu Ziffer 1, in welchem die Änderung des Reglements gutgeheissen wird. Dementsprechend müsste die Fraktion SP also konkrete Änderungen des Reglements vorschlagen. Persönlich sehe ich diesen Änderungsantrag eher als einen Auftrag an den Gemeinderat, eine Aufgabe zu übernehmen, die eigentlich dem Stadtrat obliegt. Der Stadtrat muss heute definieren, welche Abteilung welcher Direktion angegliedert werden soll. Wird der Antrag so formuliert, wie er dasteht, bin ich der Meinung, es wäre ehrlicher, das Geschäft mit einem ausformulierten Auftrag zurückzuweisen. Hinter diesem Vorgehen könnte ich sogar stehen. Ich weiss aber nicht, was ich mit dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion SP anfangen soll und wäre froh um eine Erklärung.

Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste vous propose d'entrer en matière et de voter la proposition du Conseil municipal, parce que les remarques que nous faisons ne remettent pas fondamentalement en cause la proposition du Conseil municipal. Le Groupe socialiste vous propose d'ajouter ces deux points à l'arrêté municipal. Il s'agit d'un mandat donné au Conseil municipal, d'étudier ces deux propositions et de trouver des solutions. Si le Conseil municipal ne devait pas trouver de solutions satisfaisantes alors, nous reviendrions avec une ou deux motions, qui proposeraient des solutions plus précises. Pour l'instant, il s'agit d'un mandat de réflexion et le Groupe socialiste vous propose d'ajouter ces deux points au projet d'arrêté.

Wiederkehr Martin, SP: Ich möchte einen Antrag im Namen der Sportkommission stellen: Sie ist der Meinung, dass in Biel der Sport und die Kultur gleichwertig sind. Biel ist eine Sportstadt und tritt immer wieder unter diesem Begriff auf. Bei der Lektüre des vorliegenden Papiers fiel der Sportkommission auf, dass die Kultur einen recht hohen Stellenwert besitzt, der Sport hingegen nur einen untergeordneten. Dies ist schon bei den heute gültigen Direktionsnamen augenscheinlich. Es kann darüber gestritten werden, wie lang der Name einer Direktion sein soll. Bei der letzten Direktionsbenennung wäre eine Direktion für Bildung, Soziales, Kultur und Sport wohl tatsächlich zu schwerfällig gewesen und die Sportkommission hat damals kleinlaut nachgegeben. Diesmal aber möchte sie ein Zeichen setzen und ich **stelle daher den Antrag, dass die neue Direktion Bildung, Kultur und Sport heisst**. Sollte dies auch zu lang sein, mache ich alternativ den Vorschlag, die Direktion nur Bildung zu nennen. Bildung beinhaltet Kultur und Sport. Bei der Lektüre von Art. 14 fiel mir zudem auf, dass in Abs. 3 steht: "*Sie fördert das kulturelle Schaffen, unterstützt kulturelle Projekte (...)*". In Art. 14 Abs. 3 heisst es nur: "*(...) Sie fördert Projekte im Bereich des Sports (...)*." Es sollte auch hier heissen: "*Sie fördert und unterstützt Projekte (...)*". Die Gleichwertigkeit kommt also bereits in der Formulierung, wie dann später auch in der Ausführung zu kurz. Im Interesse des Sports bitte ich den Stadtrat deshalb, meinen ersten Antrag anzunehmen. Sollte dieser abgelehnt werden, bitte ich den Stadtrat, meinen zweiten "Antrag" zu unterstützen.

Morier-Genoud Michèle, PSR: La Présidente de la Commission "Structures biennoises 2013 et Esplanade" a mentionné le Groupe socialiste à ce sujet. Il est vrai, qu'au mois de juillet 2011, lorsque nous avons pris connaissance et discuté de ce dossier, qui nous semble très important pour les années futures et pas seulement

pour deux ans mais pour dix ou vingt ans, nous avons trouvé, qu'il restait très peu de temps pour préparer des discussions dans nos groupes, ceci en tenant compte aussi de la question des vacances. Le Groupe socialiste avait déjà émis ce bémol lors de la première présentation de la planification du travail sur ce dossier. Après discussions au sein de notre groupe ainsi que la réponse reçue de notre Maire au courant de l'été, nous avons décidé, de renoncer à cette demande de renvoi, qui n'était pas formellement exprimée dans notre lettre, mais qui était une question posée sur la procédure.

Concernant le contenu, j'aimerais revenir sur un certain nombre de points, notamment sur les propositions d'amendement du Groupe socialiste. En tant que socialiste romande en Ville de Bienne, j'ai beaucoup de peine à soutenir la juxtaposition entre la sécurité et l'action sociale. Monsieur Kaufmann a donné un bel exemple de ce qu'il pourrait se passer concernant la protection des données et ce n'est pas parce qu'il y a eu une situation particulièrement chaude et difficile à traiter l'année passée, que l'on peut justifier une telle mise en synergie. Je travaille dans le domaine des soins à domicile et cette question de la protection des données devient très chaude. Le "Réseau H+ Les Hôpitaux de Suisse" a refusé la convention proposée par le Conseil fédéral et les assurances, sous prétexte de ne pas pouvoir accepter cette clause sur la protection des données. Cette question est très sensible. En tant que Présidente de la Commission d'intégration de la Ville de Bienne, qui regroupe une trentaine de représentants des communautés étrangères, je dois dire: si le Service de l'intégration fait partie de la Direction de l'action sociale et de la sécurité, quel beau message est donné à la population migrante! Je peux comprendre, que ceci va tout à fait dans le sens de la droite!

En tant que membre du Parti socialiste, je soutiens totalement les propositions de modifications de l'arrêté et aussi la proposition du maintien du Service de l'intégration dans le Département de la formation.

Wiher Max, GLP: Mir kommt es etwas seltsam vor: Der Stadtrat verfügt über eine Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade, die sich intensiv mit der Direktionsverteilung auseinandersetzt. Die Kommission ist mit Mitgliedern aus allen Fraktionen prominent besetzt. Die Mitglieder könnten die Kommissionsideen in die Fraktionen tragen. Trotzdem werden zwei Tage vor der Stadtratssitzung Wunschlisten mit Änderungsanträgen eingereicht. Dies befremdet mich. Solche Änderungsanträge hätte ich früher erwartet, da ja jede Fraktion in dieses Geschäft eingebunden war und früher hätte signalisieren können, welche Überlegungen ihres Erachtens in eine falsche Richtung gehen. Wie das Geschäft jetzt läuft, finde ich nicht ideal.

So wie ich es sehe, werden vor allem Probleme bezüglich Sicherheit, Soziales und Datenschutz geltend gemacht. Ich bin der Meinung, dass die Zusammenlegung der Bereiche Soziales und Sicherheit zu mehr Transparenz und vereinfachter Bürokratie führen wird. Dies wird sicher nicht nur zum Nachteil der Klienten sein. Im Weiteren bin ich etwas befremdet darüber, dass insbesondere die Ratslinke Datenschutzprobleme befürchtet. Dies könnte als Unterstellung verstanden werden, dass gewisse Mitarbeitende ihre Arbeit nicht ernst nehmen. Der Datenschutz ist gesetzlich geregelt und diese Gesetze gelten auch in Biel. Wenn im Stadtratssaal der Datenschutz hinterfragt wird, finde ich das heikel und nicht ganz fair gegenüber den betroffenen

Mitarbeitenden. Ich möchte kurz aufzeigen, wie gut der Datenschutz funktioniert: gerade heute sprach ich mit jemandem, der in diesem Bereich tätig ist. Dabei wurde mir Folgendes gesagt: Bezieht eine Person in Nidau Sozialhilfe und der Beitrag wird ihr wegen schlechtem Benehmens gekürzt, so kann sie einfach nach Biel umziehen. Hier erhält sie aufgrund des Datenschutzes wieder voll Sozialhilfe, da die Bieler Sozialbehörde nicht auf Nidauer Daten zugreifen darf. Der Datenschutz funktioniert also. Die aufgeworfenen Bedenken teile ich somit nicht.

Paronitti Maurice, PRR: Le problème de la protection des données est pris très au sérieux par la loi. Il existe non seulement une loi fédérale, mais une loi cantonale bernoise, qui s'applique à l'Administration communale. Les règles de protection des données sensibles doivent être respectées et elles le sont aujourd'hui. Je ne vois pas pourquoi, le regroupement sous la même direction de la sécurité et de l'action sociale représenterait un risque, qu'aucune collaboratrice et collaborateur de l'Administration biennoise ne prendrait. Sans ironiser et pour prendre le contrecoup de ce qu'a dit Madame Morier-Genoud tout à l'heure, je vous rappelle les difficultés de coordination et d'échanges d'informations entre autorités dans le drame de l'affaire Peter Kneubühl. Les conditions légales existaient pour la transmission d'informations. Une situation d'exception dont les réticences sont stigmatisées aujourd'hui. Donc, il n'y a pas de risques, parce qu'il existe manifestement une grande autodiscipline de la part des collaboratrices et collaborateurs de notre Administration. D'ailleurs, la question pourrait se poser aujourd'hui: à la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture, qui est une direction mammoth, les informations ne passent-elles pas ou y-a-t'il un cloisonnement dans les informations? Il y a un respect de la loi à tous les niveaux!

Donzé Pablo, Les Verts Bienne: J'aimerais apporter une petite précision: aucune violation de données n'est spécifiée ni entre deux communes, ni entre deux services et ni entre le Canton et la Commune. Il est mentionné qu'un seul et même directeur ou une seule et même directrice doit traiter, d'une part une famille qui est envoyée à l'aide sociale et cette même direction doit traiter du renvoi des personnes. C'est là que le Groupe des Verts voit une violation des données, pas dans le sens de la loi, mais dans le sens éthique, comme l'a dit Monsieur Némitz. Il ne s'agit pas d'une violation de la loi sur les données, mais il s'agit d'une personne qui doit traiter, d'une part l'aide et d'une part la répression. Ce sont deux domaines qui ne vont pas ensemble.

Hadorn Werner, SP: Ich möchte einen Antrag stellen, von welchem ich selber nicht ganz sicher bin, ob er richtig ist. An sich überzeugten mich die Überlegungen des Gemeinderats sehr und ich finde den Bericht sehr gut abgefasst. In einem einzigen Punkt möchte ich der Fraktion Grüne auch gegen den Willen meiner Fraktion folgen. Dabei geht es um die Zuordnung des Bereichs Kultur. Der Stadtpräsident hat für mich eine ganz wichtige Aufgabe, nämlich Biel als Zentrumsstadt zu positionieren. Biel ist Zentrum dieser Region und die Region hat verschiedene Verwaltungskreise. Dazu gehören die engere Agglomeration und die weitere Agglomeration, die bis zum Jurabogen geht. In den letzten Jahren hat sich die Region gut entwickelt. Oftmals war gerade der Bereich Kultur Ausgangspunkt für Diskussionen über diese Zentrumsfunktion. Ich erinnere daran, dass früher versucht wurde, die umliegenden Gemeinden dazu zu motivieren, Biel für seine Kulturinstitutionen freiwillig Beiträge zu leisten. Diese Bemühungen waren nicht erfolgreich. Danach kam der Finanz- und

Lastenausgleich und seither funktioniert es besser. Die Stadt braucht die Kultur auch immer als Argument für Lebensqualität. Dadurch würden neue EinwohnerInnen angezogen, es entstünden auch Arbeitsplätze. Ich bin deshalb der Meinung, dass die Kultur bei der Gemeindeausserpolitik eine Funktion als Aushängeschild hat. Dies ist übrigens auch in der Stadt Zürich so. Für mich ist klar, dass die Kultur eine präsidiale Aufgabe ist. Davon ausgehend könnte die Gemeindeausserpolitik gute Beziehungen zu den umliegenden Gemeinden schaffen. Deshalb ist die Kultur für mich der Bereich, der am stärksten zur Gemeindeausserpolitik gehört und ich stelle wie die Grünen den Antrag, die Kultur der Präsidialdirektion anzugliedern. Zudem bin ich der Meinung, dass die neue Direktion Bildung und Kultur noch immer recht gross ist und dem Prinzip Equilibre nicht ganz entspricht. Ich würde dem Gemeinderat allerdings auch folgen, wenn die Kultur in der vorgesehenen Direktion verbleibt. Von der Funktion des Stadtpräsidiums her fände ich es aber gut, wenn der Bereich Kultur in die Gemeindeausserpolitik integriert würde.

Grupp Christoph, Grüne Biel: Ich kann es nicht anders sagen: ich bin enttäuscht vom Vorschlag des Gemeinderats. Dem Stadtrat wurde im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform viel versprochen: Synergien, Sparpotenzial, zeitgemässere Verwaltung, klare politische Profile, fünf starke Direktionen. Was blieb davon übrig? Meines Erachtens leider viel zu wenig. Dabei dauerte dieser Prozess bereits fast zwei Jahre und kostete mehrere CHF 100'000.-, dies ohne Berücksichtigung der Löhne der beteiligten Mitarbeitenden. Endlich kommt die Vorlage in den Stadtrat. Herrn Wiher möchte ich entgegenen, dass die Parteien sicher via Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade Einfluss nehmen konnten. Der Stadtrat wurde aber erst im April miteinbezogen und hatte somit wenig Zeit, um substantiell mitdiskutieren zu können. Nun soll der Stadtrat den vorliegenden Vorschlag heute, möglichst aber auch noch unverändert, genehmigen...

Was mir im Bericht vor allem fehlt, ist eine klar ersichtliche politische Strategie. Die einzig klare Linie, die ich erkenne, ist, dass fünf Direktionen mit ähnlichem Aufgabenvolumen und ähnlichem politischen Gewicht geschaffen werden sollen. Sollten mit dieser Variante nicht darüber hinausgehende strategische Komponenten einhergehen? Laut Fremdwörterduden bedeutet Strategie eine möglichst genaue Planung, um Ziele erreichen zu können. Welche politischen Ziele sind mit der vorliegenden politischen Strategie verbunden? Ich sehe keine! Das finde ich schade. Jetzt könnte ein grosser Wurf gelandet werden, Überlegungen dazu fehlen aber. Bei mir springt der Funke nicht über, wenn ich diese Vorlage lese. Einmal sprach ich mit einem Mitarbeiter des damaligen BUWAL (Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft). Dieser sagte, seine Direktion unterliege wieder einmal einer strategischen Planung, es würden Kästchen herumgeschoben. Als ich diese Vorlage studierte, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass auch hier vor allem viele Kästchen herumgeschoben wurden. Ich erinnere mich auch an eine Aussage von Herrn Nicati, wonach es nicht tausende Möglichkeiten gebe, eine Verwaltung zu organisieren. Er hat Recht! Kombinatorisch könnten natürlich x-tausend Varianten entstehen. Ich nehme aber an, der Gemeinderat wollte weiter gehen, als die Willkür der Kombinatorik spielen zu lassen. Es gibt viele Möglichkeiten, darunter aber bessere und schlechtere. Im Bericht steht beispielsweise, dass der Fachausschuss, welchem interne Fach- und Kaderleute angehören, dem Gemeinderat zu bedenken gab, dass weitergehende Synergiemöglichkeiten fehlen oder dem Ausgleichsgedanken untergeordnet wurden. Das finde ich schade, zumal dem

Stadtrat mit der Verwaltungsreform ein grosses Sparpotenzial versprochen wurde. Sicher sind einigermaßen gleich grosse und auch politisch ähnliche relevante Direktionen anzustreben. Sie müssen aber vor allem im Alltag funktionieren, also so effektiv und effizient wie möglich sein, zum Nutzen der BewohnerInnen dieser Stadt. Es scheint mir beispielsweise nicht der Weisheit letzter Schluss, Einwohnerkontrolle und Sicherheit zusammen zu führen, dies auch aufgrund der Voten meiner VorrednerInnen, insbesondere der Grünen Biel und der SP. Ich brauche dies nicht weiter auszuführen. Ich kann ebenfalls nicht nachvollziehen, weshalb die sehr wichtigen Beziehungen, die sich aus den Bereichen Erwachsenen- und Jugendschutz, Bildung und Soziales ergeben, gekappt werden sollen.

Wechselt die Stadtplanung zur Präsidialdirektion, bedeutet dies, dass mit Stadtplanung und Stadtentwicklung zwei Abteilungen direkt nebeneinander zu liegen kommen. Wo wird die Trennlinie gezogen? Wer erledigt was, wenn beide Abteilungen Büro an Büro liegen? Ich habe den Eindruck, dass die Stadtplanung noch stärker aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus gesteuert werden wird und wirtschaftliche Themen die Stadtplanung künftig dominieren werden. Das gefällt mir nicht. Es gibt viele andere Themen, die auch einfließen sollten, die aber eher von Seiten der Baudirektion eingebracht werden. Aus diesen Überlegungen bitte ich den Stadtrat, die Änderungsanträge der Grünen Biel zu unterstützen und danke im Voraus für das Verständnis.

Grivel-Pierre-Yves, PRR: Permettez-moi de revenir sur ce mariage entre la sécurité et le social, qui n'a pas l'air de faire l'unanimité. J'ai entendu dire, ce soir: carottes et bâtons dans la même main! Cette image me dérange. Je ne crois pas, que c'est l'idée du Conseil municipal. Plusieurs villes de Suisse orientale le font très bien et il ne s'agit pas du tout d'envoyer des policiers étudier les dossiers des personnes qui se trouvent à l'assistance sociale. C'est beaucoup trop simpliste comme raisonnement. Par contre, il est parfois très intéressant, voire très utile, d'obliger deux domaines, qui pourraient être opposés au départ, de travailler ensemble. Un renforcement de la communication entre eux donnera un travail plus efficient par sa proximité. Je trouve que c'est une très bonne idée.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Damit ist die Rednerliste geschlossen. Herr Stadtpräsident Fehr wird sich nach der Pause äussern. Vor der Pause möchte ich noch Herrn Fischer das Wort geben betreffend Fussballspiel und über die Dringlichkeit von heute eingereichten Vorstössen beschliessen.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Letzten Montagabend wurde ich über das eidgenössische Parlamentarier-Fussballturnier informiert, bei welchem die Mannschaften der Kantonsparlamente gegeneinander Fussball spielen. Dieses Jahr findet es in Magglingen statt, und zwar am nächsten Samstag, 20. August 2011. Es beginnt um 9.00 und endet um 15.30 Uhr. 22 Kantone waren angemeldet. Die Mannschaft des Kantons Zürich hat sich zurückgezogen und der Grosse Rat des Kantons Bern stellt Ersatz. Nun fehlen in dieser Mannschaft aber drei Personen. Deshalb baten mich die Verantwortlichen, einen Goalie und zwei, drei Spieler zu organisieren (*Gelächter*). Als Gegenleistung würde der FC Gemeinde- und Stadtrat Biel im September nach Bern für einen Match gegen den FC Grossrat eingeladen. Ich wäre froh, wenn sich nach der Pause die gesuchten Spieler finden würden.

Anfangs der Sitzung erfuhr ich, dass die Führung durch das Schulhaus Châtelet am 5. September 2011 stattfindet. Dies ist für die FussballerInnen ein schlechtes Datum, ist es doch schon lange bekannt, dass der FC Gemeinde- und Stadtrat Biel an diesem Abend um 18.00 Uhr gegen den FC Kantonsrat Solothurn antreten wird. Ich weiss nicht, ob die Führung im Châtelet noch verschoben werden kann.

Zum Match gegen Solothurn: Ich warte immer noch darauf, zu wissen, wie viele Personen nach dem Match essen kommen. Momentan sind es acht, da sich Frau Rüfenacht und Herr Donzé zurückziehen mussten. Ich brauche also noch zwei ErsatzspielerInnen. Bitte melden Sie sich, denn es wird ein lustiger Abend und es gibt etwas Gutes zu essen.

121. Begründung der Dringlichkeit Motion Peter Moser / Stefan Kaufmann, FDP, Poller Mettlenweg

Moser Peter, FDP: Vor zehn Tagen wurde in Mett mit dem Bau der Poller begonnen. Seither ist die Stausituation auf dem Längfeldweg so gravierend, dass auch die Busse stecken bleiben und gar nichts mehr geht. Am Abend muss deswegen ein Zusatzbus eingesetzt werden, der täglich CHF 500.- kostet. Vielleicht findet dies auch der Finanzdirektor etwas viel. Es bedarf einer raschen und unbürokratischen Korrektur dieser Situation.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

122. Begründung der Dringlichkeit Motion Max Wiher, GLP, Variante AGGLOlacPlus

Wiher Max, GLP: Bei der Variante AGGLOlacPlus geht es darum, frühzeitig alternative Varianten miteinzuplanen und damit nicht erst zu beginnen, wenn es schon zu spät ist. So können Fehlentwicklungen rechtzeitig verhindert und dadurch Kosten gespart werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.30 Uhr - 20.30 Uhr

120. 20090117 Struktur Biel 2013. Definition der Direktionen und ihrer Aufgaben / Teilrevision des Organisationsreglementes und der Finanzordnung / Motion 20090245 - Unabhängiges städtisches Finanzkontrollorgan / Postulat 20090249 - Unabhängiges Bauinspektorat (Fortsetzung)

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade sowie dem Stadtrat für die insgesamt gute Aufnahme dieses Geschäfts, in welches der Gemeinderat sehr viel Energie und Zeit investierte, danken. Ich danke der Kommissionspräsidentin Struktur Biel 2013 und Esplanade und bestätige: die Zusammenarbeit und der Austausch funktionierten optimal, so wie dies in einem Entwicklungsprozess der Fall sein sollte. Wie bereits viele VorrednerInnen erwähnten, gebe ich aber auch zu, dass es die theoretisch perfekte Lösung nicht gibt. Der Gemeinderat musste also ein Ziel vor Augen haben. Ihm kann nun vorgeworfen werden, ihm fehle eine politische Strategie, wie dies Herr Grupp tut. Der Gemeinderat liess sich aber klar von der Frage leiten, wie fünf Direktionen mit einem ungefähr gleich grossen Aufgabenvolumen, gleich grossem politischem Gewicht und mit gleicher Wahrnehmung nach aussen geschaffen werden können. Verfolgt man die Entwicklung der Variante 5/0, zeigt sich, dass dieser der Wunsch zugrunde liegt, dass der Gemeinderat stärker als Team funktionieren, respektive die Kollegialbehörde als Kollegium gestärkt werden soll, und dass das Gefälle zwischen den einzelnen Gemeinderatsmitgliedern verringert werden soll. In der Vergangenheit war dieses Ungleichgewicht teils strukturell, teils personell bedingt. Die personelle Komponente kann nicht über ein Organisationsreglement beeinflusst werden, die strukturelle Dimension hingegen schon. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es auch für die Zusammenarbeit unter den einzelnen Gemeinderatsmitgliedern wichtig ist, dass alle ungefähr eine gleichwertige Führungsverantwortung haben. Dies führt zu einem guten Austausch und einer guten Zusammenarbeit und bringt Biel letztendlich weiter. Deshalb haben wir uns für die vorliegende Variante mit dem Arbeitstitel Equilibre entschieden. Der Gemeinderat steht zu dieser Variante.

Die Kommissionspräsidentin Struktur Biel 2013 und Esplanade erwähnte, die Kommission habe sich Gedanken dazu gemacht, ob Stadtplanung und Kultur getauscht werden könnten, so dass ein Teil der Stadtplanung nicht mehr bei der Präsidialdirektion wäre, aber dafür die Kultur. Mit Blick auf das Gleichgewicht konnte die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade aber keine valable Lösung finden. Genau gleich erging es auch dem Gemeinderat während dieses langen Prozesses. Im Rahmen der Schaffung der zukünftigen Präsidialdirektion liess sich der Gemeinderat immer von der Idee leiten, dass das Stadtpräsidium ein Motor für die Entwicklung Biels sein und diejenigen Projekte betreuen soll, welche die Stadt längerfristig verändern sollen. Dabei möchte ich betonen - und das kann ich nach nur acht Monaten im Amt bereits sagen - dass viele dem heutigen Präsidialstab zugeteilten Aufgaben dort angegliedert sind, weil der Stadtpräsident als Ansprechpartner gegenüber Aussenstehenden fungieren muss. Gleiches gilt für Koordinationsaufgaben. Zwischen Stadtplanung und Stadtentwicklung muss viel koordiniert werden. Dabei geht es nicht nur um die Wirtschaftsförderung, sondern auch um Stadtentwicklung im Sinne von Quartierattraktivierung, dem Erhalt von Grünflächen, der Schaffung einer Umgebung, welche das Zusammenleben verbessert. All diese Elemente sollten aus einer Hand erledigt werden können. Deshalb soll auch die Stadtplanung der Präsidialdirektion angegliedert werden. Von

der Vernehmlassung im Jahr 2009 bis heute hatte der Gemeinderat immer das Gefühl, dass diese Rolle vom Stadtpräsidium auch erwartet wird. Deshalb wurden nicht einfach alle Querschnittsaufgaben bei der Präsidialdirektion angesiedelt, obschon dies auch möglich gewesen wäre. Vielmehr wurde Wert auf den Entwicklungsfokus gelegt. Es gab ein Arbeitsmodell, in welchem dem Stadtpräsidium die Ressourcendirektion zugeteilt worden wäre (Finanzen, Personal und Informatik), so wie dies auch in der Privatwirtschaft gehandhabt wird. Der Gemeinderat war jedoch der Meinung, dass es nicht das sei, was die politische Diskussion verlangt. Das Stadtpräsidium soll nicht die Ressourcenverwaltung übernehmen, sondern ein Motor für die Entwicklung sein. Deshalb die vorliegende Lösung.

Die neue Eingliederung der Finanzkontrolle auf Direktionsstufe wurde gut akzeptiert. Es ist eine sachgerechte Lösung für eine Stadt der Grösse Biels, welche ja auch über eine externe Revisionsstelle verfügt. Die interne Finanzkontrolle hat deshalb auch nur die Funktion einer internen Zwischen- und Vorprüfungsstelle und nicht eines abschliessenden Revisionsorgans. Ein Instrument analog eines unabhängigen Rechnungshofes wie in Deutschland oder beim Kanton Bern ist in Biel nicht nötig. Deshalb bin ich froh, wenn der Stadtrat der vorgeschlagenen Lösung zustimmt.

Es wurde auch erwähnt, die Aufgabenüberprüfung habe keine Ergebnisse erbracht. Dies möchte ich nicht so im Raum stehen lassen. Sie erbrachte keine Ergebnisse, die eine direkte Auswirkung auf die Bildung der fünf Direktionen gehabt hätten. Es gibt aber durchaus Hinweise, in welchen Gebieten Prozesse optimiert oder auf welche Aufgaben allenfalls verzichtet werden könnten. Es gibt keine Abteilungen, die aufgelöst werden könnten, das ging aus dem Prozess definitiv hervor. Dies wurde aber auch nicht erwartet. Die hiesige Stadtverwaltung ist im Quervergleich eher schlank. Das mag vielleicht erstaunen. Ein externer Vergleich zeigte auf, dass die Bieler Verwaltung rein personell mitnichten überdotiert ist. Die Stadt hat aber eine schwierige finanzielle Situation vor sich. Darüber wird sich der Stadtrat in zwei Monaten unterhalten. Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass sich der Stadtrat nur vor dem Hintergrund der finanziellen Lage dazu bewegen lässt, die geleisteten Vorarbeiten allenfalls für nächste Schritte zu berücksichtigen. Würden bereits heute isolierte Sparmassnahmen "mitverkauft", hätten diese im Stadtrat einen sehr schweren Stand. Im Fachausschuss zeigte sich zudem, dass die Diskussion dadurch verfälscht wird, da dann alle nur darüber nachdenken, wie sie ihren Honigtopf verteidigen können statt über gute Lösungen zu diskutieren. Genau dies wollte der Gemeinderat in der Endphase vermeiden. Deshalb trennte er die beiden Themen. Die Aufgabenüberprüfung war aber nicht ergebnislos oder gar vergebens.

Von der Fraktion Grüne Biel hörte ich, der Vorschlag des Gemeinderats sei eine "Cosmétique de facade". Das stimmt nicht. Vielmehr hat sich der Gemeinderat bei dieser Verwaltungsorganisation etwas überlegt und ist der Meinung, er habe eine Lösung gefunden, die eine gute Prozessorganisation und fünf ausgewogene Direktionen ermöglicht. Es gelang dem Gemeinderat nicht, eine Direktionszusammensetzung zu finden, die noch nie dagewesen und völlig modern ist. Er hat verschiedene Modelle studiert. Bei einer stärkeren thematischen Strukturierung war immer eine Direktion übermächtig. Dies ist auch das grosse Problem beim Änderungsantrag der grünen Fraktion: Die Direktion 3 ist von der politischen Bedeutung her und auch wegen der Wahrnehmung nach aussen eher schwach dotiert. Weshalb die Stadtplanung nun plötzlich zwingend in die Baudirektion

gehören soll, ist mir nicht klar. Jahrelang wurde darüber diskutiert, dass es viel mehr Schnittstellen zur Stadtentwicklung gebe. Würde die heutige Baudirektion noch mit dem ESB ergänzt, würde dieses Ungleichgewicht sogar noch verstärkt. Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass dies nicht der richtige Ansatz ist.

Ich verstehe, dass gegen die Lösung, Sicherheit und Soziales zusammenzuführen, emotionale Bedenken bestehen, wenn Sicherheit primär als Polizei und Repression aufgefasst wird. Die Stadtpolizei gibt es aber nicht mehr. Ob dies gut oder schlecht ist, muss heute nicht diskutiert werden. In der Sicherheitsdirektion bestehen heute Ansätze, die stark in Richtung Prävention gehen. Dabei denke ich an die SIP (Sicherheit Intervention Prävention), welche durchaus gute Resultate erzielt. Der Gemeinderat findet es absolut vertretbar, die beiden Themen zu verbinden. Wie Herr Wiher richtig sagte, muss der Datenschutz auch künftig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet bleiben. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen Soziales und Sicherheit, welche sich gegenseitig unterstützen können, kann sinnvoll sein in Fällen ausserhalb der Norm. Wenn die Wege in einem solch aussergewöhnlichen Fall kurz sind, ist dies hilfreich. Aus meiner Erfahrung bei der Steuerverwaltung kann ich Folgendes sagen: auch dort gab es manchmal unzufriedene Kunden. Der eine oder andere rastete aus und drohte. In solch Situationen wurde die damalige Stadtpolizei unverzüglich involviert und abgeklärt, ob die Person bekannt ist. Zusammen mit der Stadtpolizei wurde dann festgelegt, wie mit der Situation umzugehen sei. Genau darin liegt ein Nutzen, ohne dass die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen auch nur im Geringsten in Frage gestellt werden.

Die Integration siedelte der Gemeinderat in der Direktion Sicherheit und Soziales an, weil sich aufgrund von Diskussionen mit Fachleuten ergab, dass die Integrationsfachstelle im Bereich Bildung nicht aktiv ist. Die schulische Integration erfolgt über eigene, schulische Kanäle. Die Integrationsfachstelle ist ausgerichtet auf den Erwachsenenbereich. Personen, welche diese Dienstleistung beanspruchen, sind in den Abteilungen Bevölkerung oder Soziales bekannt. Deshalb haben diese Abteilungen Interesse an einer guten Zusammenarbeit. Der Hinweis auf die Integrationsvereinbarung kam ja von der Kommissionspräsidentin Struktur Biel 2013 und Esplanade. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Zuordnung sachgerecht ist.

Für die Bildungs- und Kulturdirektion stellen die Bereiche Kultur und Sport eine grosse Chance dar. Die Direktorin oder der Direktor dieser Direktion kann beiden wichtigen Themen mehr Zeit widmen und sich für sie einsetzen. Für das Stadtpräsidium wäre dies deutlich schwieriger, da die Gemeindeausserpolitik sehr zeitintensiv ist. In diesem Bereich möchte ich gerne aktiver werden, solange ich aber auch noch die Finanzdirektion betreue, setzt dies gewisse Grenzen. Im Fall von Biel ist es doppelt anspruchsvoll, weil die gleichen Gremien sowohl im Seeland als auch im Berner Jura existieren und somit alle Aktivitäten doppelt anfallen. Soll alles richtig erledigt werden, braucht das Stadtpräsidium den nötigen Freiraum. Ich finde es absolut wichtig, dass sich Biel in beiden Sprachregionen einsetzt. Deshalb wäre es für die Kultur viel besser, einer Direktion angegliedert zu sein, deren Direktorium ihr die nötige Zeit widmen kann. Ich bin der Meinung, dass Kultur und Sport nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Beides nützt der Bevölkerung auf seine Art und es braucht beides. Wichtig ist, dass Biel in beiden Bereichen sehr aktiv ist.

Die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade schlägt vor, die Bedeutung via SAS (Steuerungsausschuss Stadtentwicklung) strukturell zu verankern. Der Gemeinderat hat zu diesem Vorschlag keine konsolidierte Haltung. Es ist aber sowieso so, dass in Zukunft verstärkt mit dem SAS gearbeitet werden soll. Mit fünf vollamtlichen Gemeinderatsmitgliedern, die vielleicht auch etwas mehr Zeit finden, im Kollegium zu arbeiten, sollten Diskussionen verstärkt auch innerhalb des Gemeinderats und der Verwaltung möglich sein. In diese Richtung wird es auch gehen, wenn der Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade nicht angenommen wird. Deshalb schlug der Gemeinderat dies auch nicht selber vor.

Noch eine Bemerkung zum Antrag der Fraktion Grüne Biel: Dieser ist sehr komplex und vielschichtig. Ich gehe davon aus, dass es sich um eine Art Rückweisungsantrag handelt, der aber in einen formellen Abänderungsantrag gekleidet wurde. Wenn der erste entscheidende Punkt, die Zuordnung der Stadtplanung zur Baudirektion im Art. 8 abgelehnt wird, machen alle anderen Anträge keinen Sinn mehr. Deshalb gehe ich davon aus, dass in diesem Fall die restlichen Anträge nicht aufrecht erhalten werden. Ansonsten wird die Abstimmung, mit Ausnahme einzelner Punkte, die isoliert behandelt werden können, völlig chaotisch.

Herr Némitz sagte, Schule und Soziales seien zwei wichtige Themen, die eigene Interessenvertretungen verdienen würden. Dieser Überzeugung ist auch der Gemeinderat. Es handelt sich sogar um zwei so wichtige Bereiche, dass sie von jemandem geführt werden müssen, zumal sie auch relativ kostspielig sind. Diese sollen also nun auf zwei Direktionen aufgeteilt werden. Damit wird auch der finanzielle Druck, der heute auf einer einzigen Direktion lastet, besser verteilt. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Direktionen ist so oder so immer Pflicht und im Normalfall läuft dies ziemlich gut. Deshalb sind Schnittstellen nicht matchentscheidend.

Den Antrag der SP, wonach gewisse sensible Themen aus der zukünftigen Direktion Sicherheit und Soziales noch zu prüfen sind, braucht es nach Ansicht des Gemeinderates nicht. Der Gemeinderat ist bereits daran, sich Gedanken dazu zu machen, wie die Bereiche Bevölkerung und Steuerverwaltung zusammengeführt werden könnten. Dies ist der Kommission bekannt und auch Herr Némitz erwähnte es. In diesen beiden Bereichen werden grösstenteils die gleichen Daten der gleichen Kundschaft erhoben. Allenfalls wäre auch ein gemeinsamer Schalter vorstellbar. Dafür muss aber eine neue räumliche Organisation gefunden werden. Dafür ist im Moment die Zeit noch nicht reif. Die Motivation bei den Mitarbeitenden und bei den Abteilungsleitungen ist im Moment gering, weil noch kein Nutzen ersichtlich ist. Deshalb sollte eine Zusammenführung erst vorgenommen werden, wenn die künftige Lösung klar ist und damit auch einen Anreiz vorliegt. Warum die Integration bei der Direktion Sicherheit und Soziales am richtigen Ort ist, habe ich bereits erwähnt. Der Gemeinderat ist nicht begeistert vom Vorschlag der Fraktion SP, dies wieder zu ändern und die neue Zuordnung später zu prüfen. Er ist der Meinung, dass der heutige Vorschlag richtig ist.

Herr Köhli erwähnte etwas Wichtiges, nämlich die Frage nach der Vertretung auf kantonaler oder nationaler Ebene. Er war der Meinung, mit der Variante 7/0 wäre es für ein Mitglied des Gemeinderats einfacher gewesen, auch noch im National- oder Grossrat zu sitzen. Klar wäre dies einfacher, zurzeit sind solche Doppelmandate aber

sowieso verboten. Ich bin der Meinung, dass dies auch bei der Variante 5/0 nötig wäre. Eine Interessensvertretung für Biel wäre sehr sinnvoll. Mit der Campus-Diskussion wird bald die Probe aufs Exempel stattfinden. Der Grosse Rat wird in der Herbstsession eine Spezialkommission mit der Behandlung des Berichts über die Dezentralisierung der Berner Fachhochschule betrauen. Die Stadtpräsidentin von Burgdorf, Frau Zäch, ist Grossrätin. Es kann durchaus sein, dass sie in diese Kommission gewählt wird. Ob dies Burgdorf zum Erfolg verhelfen wird, bleibt dahingestellt, denn auch die Stadt Biel kämpft natürlich mit ihren Mitteln für die Erreichung ihres Zieles. Für die Wahrnehmung einer Stadt ist es aber wichtig, dass Exekutivmitglieder solche Anliegen auf kantonaler Ebene einbringen können.

Zum SP-Antrag zum Beschlussesentwurf möchte ich Herrn Bösch antworten, dass dieser formell möglich ist, auch wenn der Gemeinderat ihn nicht befürwortet. Eine Rückweisung wäre es nur dann, wenn das Reglement so nicht angenommen werden soll. Die Fraktion SP sagt aber, sie sei mit dem Reglement einverstanden, wünsche aber eine mittelfristige Prüfung. Diese Prüfung würde erst nach dem 1. Januar 2013 erfolgen. Dies heisst auch, dass das Reglement per 1. Januar 2013 nicht anders aussehen würde, als heute beschlossen. So gesehen, ist der Antrag formell zulässig.

Zum Antrag von Herrn Wiederkehr, die Bildungs- und Kulturdirektion in Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion umzubenennen: der Gemeinderat entschied sich für zweiteilige Namen. Aufgrund gewisser Anträge wird dieses Grundprinzip nun aufgeweicht. Der Gemeinderat bleibt bei seiner Haltung für kurze und schlanke Namen. Was nicht geht, Herr Wiederkehr, ist das von Ihnen gewünschte kaskadenartige Vorgehen. Alle Anträge aus dem Stadtrat, darunter ist auch derjenige der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade, werden vorerst einander gegenübergestellt. Erst der obsiegende Antrag wird dann dem Vorschlag des Gemeinderats gegenübergestellt. Ich bitte Herrn Wiederkehr also, zu entscheiden, welcher seiner "Anträge" er aufrecht erhalten will.

Die Antwort auf die Frage von Herrn Hadorn nach den Gründen für die Zuordnung des Bereichs Kultur gab ich bereits. Ich versuchte zu erklären, weshalb der Antrag von Herrn Hadorn im Modell Equilibre keinen Sinn macht. Ich hoffe, der Stadtrat versteht das. Wie erwähnt, soll sich die Präsidialdirektion auf die Stadtentwicklung fokussieren, andererseits sind in der Bildungs- und Kulturdirektion Ressourcen, Zeit und das nötige Engagement für die Kultur vorhanden.

Ich komme nochmals auf die Frage von Herrn Donzé zurück, was das zukünftige Stadtpräsidium mit der Stadtentwicklung wolle. Es geht um die gleichen Themen, welche diese Abteilung schon immer behandelte: um die Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing, aber auch darum, ein gutes Zusammenleben in einer Stadt zu ermöglichen. Aktuell sind gewisse Quartiere benachteiligt und sollen aufgewertet werden, damit sie attraktiver werden und die Bevölkerungsdurchmischung besser wird. Diese Aspekte müssen ganzheitlich angegangen werden. Viele Bereiche tangieren die Stadtplanung. Ich denke dabei an Spielstrassen, Quartierstrassen, Verkehrsführung, Grünflächen... Ist die Stadtplanung beim Stadtpräsidium angesiedelt, kann eine Koordination der Bedürfnisse erfolgen. Deshalb ist der Gemeinderat überzeugt, dass der gewählte Ansatz richtig ist. Damit widerspreche ich klar der Aussage von Herrn Grupp, dass die Stadtplanung primär auf die Wirtschaftsförderung ausgerichtet sein wird, sollte sie dem Stadtpräsidium unterstellt

werden. Es ist nicht Hauptzweck der Stadtplanung, möglichst viele und hohe Häuser zu bauen. Es ist auch nicht die Aufgabe der Stadtplanung, Industriestandorte zu ermöglichen. Aber wir leben hier in einem urbanen Gebiet. Alle sind sich einig darüber, dass die Zersiedelung der Landschaft in der Schweiz generell gestoppt werden muss. Wenn die Bevölkerung zunimmt und mehr Wohnraum notwendig wird, soll dieser tendenziell in den bereits bebauten Gebieten zur Verfügung gestellt werden. Dies führt zu Zielkonflikten zwischen dem Anspruch auf Grünflächen und der Bautätigkeit. In der heutigen Zeit müssen aber Antworten auf die heutige Zeit gefunden werden. Solche Entwicklungen sollen aus einer Hand geplant werden und demzufolge dem Stadtpräsidium angegliedert sein. Die Ausführung liegt dann für städtische Bauten bei der Baudirektion. Das ist eine Folge der Gewaltenteilung. In einem Projekt werden aber immer mehrere Stellen involviert sein. Somit können auch mehr Interessen und Überlegungen einfließen.

Aus meinen Erklärungen ergibt sich, dass der Gemeinderat die eingegangenen Anträge nicht unterstützt. Er hält grundsätzlich an seinen Überlegungen fest. Die Anträge, die eher symbolischer Natur sind, findet der Gemeinderat weniger dramatisch. Er wäre aber froh, wenn keine Anträge angenommen würden, die Umstellungen am Modell erfordern. Es ist klar, dass der Stadtrat dies darf, der Gemeinderat hält es aber nicht für sinnvoll. Ganz schlecht fände es der Gemeinderat, wenn von gewissen Vorschlägen nur Einzelteile angenommen würden, welche dann zu unlogischen Zusammensetzungen der Direktionen führen würden.

Nun noch eine Bemerkung zum Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade zu den Delegierten: Delegierte sind Personen, die irgendwo eingereiht sind. Zum Teil handelt es sich um DirektionssekretärInnen, dies muss aber nicht sein. Sie können irgendeiner Fachabteilung angegliedert sein. Dennoch haben sie in ihrem Fachgebiet ein direktes Antragsrecht an das zuständige Direktorium. Werden die heutigen Fachstellenleitungen zu Delegierten aufgewertet, heisst das für sie nicht, dass am 1. Januar 2013 eine Neueinreihung mit Lohnerhöhung stattfindet. Das ist wichtig. Ich glaube, dass es der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade auch nicht darum geht. Vielmehr geht es darum, dass eine bestimmte Fachperson ihr Wissen auf Stufe Direktion einbringen kann. Da nicht alle zukünftigen Delegierten die gleiche Verantwortung haben, hat dies aber keinen Einfluss auf das Lohngefüge.

Mit Blick auf die Kosten möchte ich davon abraten, heute eine neue Abteilung Umwelt zu schaffen, die später mit Personal dotiert werden muss. Der Gemeinderat schlägt vor, eine Fachstelle Umwelt vorzusehen. Setzt sich die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade durch, gäbe es eine Delegierte / einen Delegierten für Umwelt. Ich gehe davon aus, dass in der neuen Baudirektion aufgrund der Entwicklung allenfalls interne Umlagerungen zur Stärkung der Fachstelle Umwelt stattfinden können. Dies könnte durchaus Sinn machen. Ich finde es aber falsch, heute eine solche Abteilung als Hülle zu schaffen und sie erst später mit Inhalten zu füllen. Wenn schon soll eine solche Abteilung wachsen. Ich bitte den Stadtrat, das Modell des Gemeinderats zu unterstützen.

Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne: La proposition d'amendement du Groupe des Verts concerne la traduction de l'organigramme proposé dans le Règlement, ce qui a des conséquences assez ravageuses sur le Règlement proposé. Après discussion avec le Président du Conseil de ville, le Groupe des Verts a accepté

de voter l'ensemble du Règlement et pas de voter article par article, pour simplifier la procédure. Finalement, je pense qu'il faudra sérieusement penser à transférer les compétences de l'organisation de l'Administration au Conseil municipal et d'inscrire: prise de connaissance sur le rapport au Conseil de ville!

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Das Abstimmungsprozedere sieht wie folgt aus:

1. Antrag Fraktion Grüne Biel als Ganzes (grün)
2. Antrag Fraktion SP betreffend der Zuordnung der Integration (orange)
3. Antrag Herr Hadorn betreffend der Zuordnung der Kultur
4. Antrag Herr Wiederkehr über den Titel "Direktion Bildung, Kultur und Sport"
5. Anträge der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade
6. Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussesentwurfs
7. Antrag Fraktion SP betreffend Beschlussesentwurf (rosa)
8. Abstimmung über Punkte 2 und 3 des Beschlussesentwurfs

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Antrag von Herrn Wiederkehr zum Namen der Direktion Bildung und Kultur (Bildung, Kultur und Sport) dem Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade (Bildung, Kultur und Generationen) gegenübergestellt werden muss. Diese beiden Anträge sind gleichwertig. Der obsiegende muss dann dem Vorschlag des Gemeinderats gegenübergestellt werden.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich nehme dies zur Kenntnis.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion Grüne Biel, die Direktionen wie folgt aufzuteilen: Präsidialdirektion, Finanzdirektion, Direktion Sicherheit, Generationen und öffentlicher Raum, Direktion Bildung und Soziales, Direktion Bau und Energie. Darin enthalten sind folgende Änderungen:
 - Die Stadtplanung wird von der Präsidialdirektion in die Direktion Bau und Energie verschoben.
 - Die Abteilung Soziales wird von der Direktion Soziales und Sicherheit (Version GR) in die Direktion Bildung und Soziales (Version Grüne Biel) verschoben.
 - Die Abteilung Kindes- und Erwachsenenschutz wird in Abteilung Erwachsenen- und Jugendschutz umbenannt und von der Direktion Soziales und Sicherheit (Version GR) in die Direktion Bildung und Soziales (Version Grüne Biel) verschoben.
 - Die Abteilung Betagtenheime wird in Abteilung Alters- und Pflegeheime umgenannt und von der Direktion Bildung und Kultur (Version GR) in die Direktion Sicherheit, Generationen und öffentlicher Raum (Version Grüne Biel) verschoben.
 - Die AHV-Zweigstelle wird von der Direktion Bildung und Kultur (Version GR) in die Direktion Sicherheit, Generationen und öffentlicher Raum (Version Grüne Biel) verschoben.
 - Die Fachstelle Integration wird in eine eigene Abteilung umgewandelt und der Präsidialdirektion unterstellt.

- Dem Direktionssekretariat der Direktion Sicherheit, Generationen und öffentlicher Raum (Version Grüne) wird die Alterspolitik angegliedert.
- Dem Direktionssekretariat der Direktion Bildung und Soziales wird ein Finanzkompetenzzentrum für den kantonalen Lastenausgleich angegliedert.
- Die Abteilung Schule und Sport wird in Abteilung Bildung umbenannt.
- In der Präsidialabteilung wird eine neue Abteilung Kultur geschaffen.
- Der/die Delegierte Kultur entfällt.
- In der Direktion Bau und Energie wird eine neue Abteilung Umwelt geschaffen.
- Die Fachstelle Umwelt entfällt.
- In der Direktion Sicherheit, Generationen und öffentlicher Raum (Version Grüne Biel) wird eine neue Abteilung Infrastrukturen (Stadtgärtnerei und Strasseninspektorat) geschaffen.

Der Antrag der Fraktion Grüne Biel wird abgelehnt.

- über den Antrag der Fraktion SP, die Integration statt der Direktion Soziales und Sicherheit der Direktion Bildung und Kultur anzugliedern.

Der Antrag der Fraktion SP wird abgelehnt.

- über den Antrag von Herrn Hadorn, die Kultur der Präsidialabteilung anzugliedern.

Der Antrag von Herrn Hadorn wird abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag von Herrn Wiederkehr, die Direktion Bildung und Kultur neu "Direktion Bildung, Kultur und Sport" zu nennen wird dem Antrag der Kommission Struktur Biel 2013, dieselbe Direktion "Direktion Bildung, Kultur und Generationen" zu nennen gegenübergestellt.

Der Antrag von Herrn Wiederkehr obsiegt gegenüber dem Antrag der Kommission.

- über den Antrag von Herrn Wiederkehr, die Direktion Bildung und Kultur neu "Direktion Bildung, Kultur und Sport" zu nennen.

Der Antrag von Herrn Wiederkehr wird angenommen.

- über den Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade, OrgR Art. 8, Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

(...) in den Bereichen Stadtentwicklung, Raumplanung (– aufgehoben), städtische Aussenpolitik und Stadtmarketing (-aufgehoben). **Sie ist für die Führung des Steuerungsausschusses Stadtentwicklung zuständig. In diesem Gremium werden regelmässig und direktionsübergreifend Fragen der räumlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stadtentwicklung zwischen allen beteiligten Mitgliedern des Gemeinderates und fachkompetenten Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung diskutiert.**

Der Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade wird angenommen.

- über den Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade, in OrgR Art. 12 wie folgt zu ergänzen:

7 (neu) Sie koordiniert die Behindertenanliegen.

Die Nummerierung der folgenden Absätze wird entsprechend angepasst.

Der Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade wird angenommen.

- über den Antrag der Kommission Struktur 2013 und Esplanade, die Direktion Bau und Energie in Direktion "Bau, Energie und Umwelt" umzubenennen.

Der Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade wird angenommen.

- über den Antrag der Kommission Struktur 2013 und Esplanade, die Leitung der Fachstellen Alter, Integration und Umwelt, fachlich direkt dem zuständigen gemeinderätlichen Direktor/ der zuständigen gemeinderätlichen Direktorin zu unterstellen und in Delegierte umzubenennen. OrgR Art. 13, 15 und 19 sind entsprechend anzupassen.

Der Antrag der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade wird angenommen.

- über Punkt 1 des Beschlussesentwurfs 1 inkl. beschlossener Änderungen

Punkt 1 des Beschlussesentwurfs 1 inkl. beschlossener Änderungen wird gutgeheissen.

- über den Antrag der Fraktion SP, den Beschlussesentwurf mit folgenden Punkten zu ergänzen:
 - Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, eine Aufteilung der verschiedenen Bereiche der Abteilung Sicherheit zu prüfen, mit der sich die problematische Verbindung zwischen den Bereichen Soziales und Sicherheit (Einwohnerkontrolle, Fremdenpolizei) vermeiden lässt.
 - Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat, im Rahmen der Aufteilung der Bereiche Bildung und Soziales zu prüfen, welcher Direktion der Integrationsbereich zuzuweisen ist, damit dieser seine Funktion auf optimale Weise erfüllen kann.

Der Antrag der Fraktion SP wird abgelehnt.

- über die Punkte 2 und 3 des Beschlussesentwurfs

Punkte 2 und 3 des Beschlussesentwurfs werden gutgeheissen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 10. Juni 2011 gestützt auf Art. 40 Abs1. Ziff. 1 Bst. f, Art. 56, Abs. 3 und Art. 62 Abs. 1 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Die Änderung der Art. 1, 5, 6, 7, 8, 9,10, 11 12, 13, 14 15, 18, und 19 des Organisationsreglements werden mit Änderungen genehmigt.
2. Die Änderung der Art. 16, 18 und 19 der Finanzordnung wird genehmigt.
3. Diese Änderungen treten auf den 1. Januar 2013 in Kraft. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die neue Verwaltungsorganisation ganz oder teilweise bereits vor dem 1. Januar 2013 umzusetzen.

Sitzungsunterbruch von 5 Minuten, während welchem Frau Esseiva den Platz von Herrn Lachat einnimmt. Während dem Rest der Sitzung übernimmt sie die Sitzungsleitung.

123. 20110219 Lindenweg (Passerellenweg-Blumenrain): Kanalisations-erneuerung / Projektgenehmigung und Verpflichtungskredit

Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion: Ces travaux sont logiques et nécessaires. Toutefois, dans l'analyse de ce rapport, deux remarques doivent être faites. La première concerne la coordination avec les CFF. Comme vous avez pu le lire dans le rapport, les CFF prévoient de gros travaux dans les environs de cette canalisation défectueuse et en même temps, ce renouvellement de canalisations peut

être jugé comme travail préliminaires aux investissements importants prévus par les CFF à cet endroit. Ces travaux sont exécutés par les CFF convenablement et ils rendent service à la Ville de Bienne et à la population de la région. Je pense évidemment à la lutte contre le bruit, qui est un thème souvent réclamé par notre population et notre Ville et d'autre part, au besoin d'assainissement du pont du Crêt-des-Fleurs. La Commission de gestion s'est étonnée, qu'il n'y ait pas eu de convention claire entre les deux parties pour la coordination de ces différents travaux. Mais, nous pouvons vous assurer, qu'il y a des engagements réciproques clairs, afin de régler ces questions et que tout se passe le mieux possible.

La deuxième remarque concerne le calendrier de réalisation et ceci surtout en relation avec d'autres travaux à proximité. Je pense aux travaux, qui ont débuté à la route de Madretsch et qui perturbent passablement le trafic. La Commission de gestion est d'avis, qu'il n'est pas possible de fermer à la circulation un chemin d'évitement d'une route déjà en chantier. Les deux axes de circulation ne peuvent pas être fermés en même temps, car les perturbations seraient trop importantes. La Direction des travaux publics a assuré, qu'un calendrier avait été élaboré en Ville de Bienne, afin de réduire les perturbations. Avec ces assurances, la Commission de gestion vous propose d'approuver le projet d'arrêté.

Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel: Das Geschäft wird von der Fraktion Grüne Biel grundsätzlich nicht bestritten. Auch ihr fiel jedoch auf, dass der Zeitplan etwas eng ist und eine gute Koordination sicher nötig sein wird. Dabei geht es einerseits um die Sperrung der Madretschstrasse, andererseits aber auch darum, dass die SBB mit ihren Arbeiten bald beginnen können. Es ist gut, dass die Lärmschutzwände rasch gebaut werden und die Brücke am Blumenrain möglichst bald ersetzt wird. Problematisch findet es die Fraktion Grüne Biel, dass das Quartier rund um die Bernstrasse bereits heute relativ stark vom Schleichverkehr belastet ist. Viele von Brügg herkommende Autofahrende fahren beim Friedhof nicht über die Brücke, sondern geradeaus in die Bermenstrasse. Einige fahren dann via Blumenrain in die Madretschstrasse, es gibt aber auch viele, die den Blumenrain und den Dählenweg hinauffahren, um dann via Finken- oder Meisenweg und Brühlplatz auf die Madretschstrasse zu gelangen. Damit können Madretschstrasse und Kreuzplatz weitgehend umfahren werden. Die Fraktion Grüne Biel befürchtet, dass mit der geplanten Baustelle die Quartierbelastung steigen wird. Sobald die Brücke am Blumenrain gesperrt ist, werden die Autos nur noch durch das Quartier fahren können. Deshalb möchte die Fraktion Grüne Biel vom Gemeinderat wissen, welche Massnahmen geprüft werden, um den Schleichverkehr zu vermindern. Die Fraktion Grüne Biel könnte sich beispielsweise vorstellen, dass Finken- und Meisenweg nur noch von AnwohnerInnen befahren werden dürfen. So wäre es zwar immer noch möglich, zur Klinik und Schule Linde zu gelangen, abzubiegen und wieder zurückzufahren wäre aber verboten.

Die Fraktion Grüne Biel möchte eine zweite Bemerkung anbringen: in letzter Zeit diskutierte der Stadtrat mehrere Geschäfte, in welchen das Kanalisationsvolumen erhöht wurde. Die Fraktion Grüne Biel führt diese Erhöhung darauf zurück, dass immer mehr Boden versiegelt wird und deshalb mehr Wasser abfließt und abgeführt werden muss. Es wäre wünschenswert, wenn vermehrt auch Versickerungsflächen vorgesehen würden. Wie anfangs erwähnt, wird die Fraktion Grüne Biel dem Geschäft aber zustimmen.

Moser Peter, FDP: Vielleicht hörte Herr Bösch zu, als ich vor der Pause die Dringlichkeit der Motion "Poller Mettlenweg" begründete. Der Effekt solcher Schliessungen kann heute im Längfeldweg beobachtet werden. Werden in diesem Quartier Strassen geschlossen, weicht der ganze dortige Verkehr auf die Hauptverkehrsachsen aus und der Verkehr steht still. Spätestens wenn die Brücke am Blumenrain saniert wird, läuft während anderthalb Jahren zwischen Brügg und Biel nichts mehr. Deshalb möchte ich vom Baudirektor wissen, ob mit diesen Massnahmen nicht bis 2017 gewartet werden kann, wenn der Ostast der A5 fertig gestellt ist, damit eine Umfahrungsmöglichkeit besteht. Der Stadtrat kann es sich nicht leisten, die Stadt stillstehen zu lassen!

Hadorn Werner, Fraktion SP: Mir fällt auf, dass bei Kanalisations- und Tiefbauvorlagen in der Regel keine Wortmeldungen erfolgen. Dabei geht es oft um wesentlich höhere Beträge als bei vielen anderen Vorlagen. Im vorliegenden Geschäft handelt es sich immerhin um CHF 1,4 Mio. und ich staune, dass über diesen Betrag nicht debattiert wird. Ich bin der Meinung, dass die Aufstellung der Investitionskosten sehr pauschal ausfällt. Jeder Posten endet mit vier Nullen. Zudem sind 13% Reserve eingeplant, statt wie normalerweise 10%. Soll damit einfach ein schön runder Betrag von CHF 1,4 Mio. erreicht werden? Soll Sparpolitik betrieben werden, müssten auch solche Budgetierungen strenger erfolgen.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Ich möchte Herrn Moser antworten: Verstehe ich Sie recht, soll der Verkehr weiterhin durch die Quartiere fließen. Es ist bekannt, dass das Verkehrsvolumen stetig zunimmt. Die Stadt soll also mit der Lösungssuche so lange warten, bis nicht nur die Hauptverkehrsachsen, sondern auch die Quartierstrassen mit Autos verstopft sind. Laut Herrn Moser muss der Verkehr auch durch die Quartiere fließen, damit er nicht kollabiert. Das kann doch keine Lösung sein! Stadt- und Gemeinderat müssen sich andere Möglichkeiten überlegen. Dass beispielsweise am Meisenweg täglich eine Autoschlange durch das Quartier fährt, sehe ich nicht als Lösung.

Lachat Thomas, SP: Ich wohne am Meisenweg und stelle fest, dass zurzeit sehr viele Lastwagen durch das Quartier fahren. Als ich zur Stadtratssitzung aufbrach, kam es erneut zu einem Stau. Ich fände es daher gut, wenn während der Bauzeit wenigstens ein Lastwagenverbot verhängt würde und nur noch die Lastwagen durchs Quartier fahren dürften, die zur Baustelle müssen.

Moser Peter, FDP: Herr Bösch will mich wohl bewusst missverstehen... Auch ich bin der Meinung, dass Autos nicht durch die Quartiere fahren sollten. Es bietet sich heute aber leider keine andere Alternative. Das Verkehrssystem stösst dermassen ans Limit, dass eine kleine Baustelle reicht, um es zum Erliegen zu bringen. Wenn der Blumenrain saniert werden muss und der ganze Verkehr über den Kreuzplatz fliesst, geht in der halben Stadt nichts mehr! Viele Buslinien werden betroffen sein. Deshalb bin ich der Meinung, dass Tiefbauprojekte wenn möglich bis 2016 aufgeschoben werden sollten. 2017 sollte der Ostast der A5 eröffnet werden. Dannzumal wird es eine Umfahrungsmöglichkeit geben, welche die Quartiere von Lastwagen und Schleichverkehr entlastet. Sobald diese Alternative besteht, setze ich mich für eine 30er-Zone im Quartier ein, vorher aber nicht.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich danke für die grundsätzlich gute Aufnahme dieses Geschäfts. Es handelt sich um ein Kanalisationsprojekt, welches tatsächlich gewisse Nachteile mit sich bringt. Sobald die Arbeiten fertig sind, werden aber alle froh sein, dass die Sanierung gemacht wurde. Wie Herr Ammann richtig erwähnte, werden mit diesem Projekt gewisse Vorleistungen getätigt. Auslöser war die Tatsache, dass die SBB die Brücke Blumenrain sanieren möchten. Die Brücke muss wegen dem sogenannten Lichtraumprofil angehoben werden. Das bedeutet, dass auch doppelstöckige Fahrzeuge die Brücke passieren können. Die jetzige Lösung ist ein Provisorium. Seit zehn Jahren wird von einer definitiven Lösung gesprochen. Mit einer solchen wird die Brücke tragfähiger und das Trottoir besser. Auch würden endlich die geplanten Lärmschutzwände realisiert, die vom Stadtrat verlangt wurden. Wird das Projekt jetzt aber verschoben, wird sich die SBB ins Fäustchen lachen und wohl auch keine Lärmschutzwände erstellen und keine Verbesserungen bei der Blumenrainbrücke vornehmen. Dies fände ich nicht so geschickt. Der Vertragsabschluss mit der SBB steht kurz bevor. Die Sanierung und Höherlegung der Blumenrainbrücke wird die Stadt fix CHF 4 Mio. kosten. Die restlichen CHF 6 Mio. wird die SBB übernehmen. Es ist vorgesehen, dass mit den Arbeiten 2012 begonnen wird. Deshalb müssen die Vorleistungen jetzt erbracht werden. Wie erwähnt, kann die Brücke ohne diese Vorleistungen nicht saniert werden und es gibt diesfalls auch keine Lärmschutzwände. C'est à vous à décider... Das Geschäft für die Brücke wird dem Stadtrat im Dezember 2011 vorgelegt.

Es ist klar, dass auch der Gemeinderat ein Verkehrschaos verhindern möchte. Der GPK gab ich dazu bereits eine Antwort. Zurzeit wird die Kanalisation Madretschstrasse saniert. Ich bin froh, dass die an der Stadtratssitzung vom 9. Juni 2011 aufgehängten Pläne dazu noch nicht entfernt wurden. Es ist klar, dass mit den Arbeiten am Lindenweg erst begonnen wird, wenn die Strecke Brühlplatz - Blumenrain fertiggestellt ist. Wie auf den Plänen ersichtlich, werden die Arbeiten in drei Etappen geplant. Der ganze Ablauf ist also koordiniert. Auch der Gemeinderat will im selben Gebiet nicht zwei Baustellen gleichzeitig.

Natürlich hat es zurzeit viel Schleichverkehr. Dieser ist kaum zu vermeiden, solange ein Teil der Madretschstrasse aufgrund von Bauarbeiten gesperrt ist. Dies wird sich aber bessern, wenn die erwähnten drei Arbeitsetappen abgeschlossen sind. Eine andere Frage ist, was passiert, wenn die Blumenrainbrücke gesperrt werden muss. Die Baudirektion wird sich eine Verkehrsregelung überlegen müssen. Zu einer Lösung mit einer Sperrung des Mettlenwegs wird es aber kaum kommen. Wahrscheinlich muss während der Sanierung der Blumenrainbrücke im Quartier einfach mehr Verkehr hingenommen werden. Es gibt aber Überlegungen zu Massnahmen beispielsweise am Finkenweg.

Zu den Kosten möchte ich noch erwähnen, dass selbstverständlich Offerten eingeholt wurden. Zudem verfügt die Baudirektion über gute Erfahrungswerte, wieviel solche Arbeiten kosten. Es stimmt, dass es um grosse Beträge geht. Diese bewegen sich aber im normalen Rahmen. Ich bin aber froh, dass die Stadt in die Kanalisation investieren kann, damit diese gut funktioniert. In anderen Ländern kommt es sofort zu Überschwemmungen, sobald es ein bisschen regnet. Der Schweizer Perfektionismus hat halt einfach seinen Preis. Sind die Sanierungen gemacht, sind alle zufrieden und es herrscht wieder für 70 Jahre Ruhe. Solange hält nämlich eine Kanalisation normalerweise.

Lachat Thomas, SP: Ich möchte nochmals fragen, ob es nicht möglich wäre, für das Madretschquartier ein Lastwagenverbot zu erlassen. Beim Brühlplatz steht ständig ein Mitarbeiter der Securitas und es wäre ein Leichtes, die Lastwagen davon abzuhalten, durch das Quartier zu fahren.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ein ähnlicher Vorschlag wurde bereits bei der Sanierung der Nordachse vorgebracht. Leider ist es aus gesetzlichen Gründen nicht möglich, ein solches Verbot zu erlassen. Der Schwerverkehr hat Anrecht darauf, diese Strassen zu benutzen. Es dürfen keine Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugkategorien erlassen werden. Kurzfristige provisorische Massnahmen wären zudem sehr teuer. Nun muss halt mit gewissen Unannehmlichkeiten gerechnet werden. Im September oder Oktober 2011 werden die Arbeiten aber beendet sein, es geht also nicht mehr ewig.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 17. Juni 2011, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Für die Kanalisationserneuerung im Lindenweg / Passerellenweg / Blumenrain wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'400'000.00 (exkl. MWST, Preisbasis April 2011) bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

124. 20090154 Tagesschulbericht Mai 2011

Bösch Andreas, GPK: Ich nehme an, dass alle den Tagesschulbericht studiert haben. Er geht zurück auf das Postulat 20080168, Barbara Schwickert, Grüne, "Tagesschulen in Biel". Bereits im April 2009 wurde eine erste Version erarbeitet, diese kam aber nicht vor den Stadtrat. Heute liegt nun die zweite Version vor. Aufgrund einer Änderung des Volksschulgesetzes des Kantons Bern (BSG 432.210) wurden aus den in Biel recht bekannten Horten Tagesschulen. Bisher waren die Horte primär auf Pirmarschulkinder ausgerichtet. Die Tagesschulen können nun aber von Kindern ab dem Kindergarten bis zur neunten Klasse genutzt werden. Die Tagesschulen können enger an die Schulen angebunden werden und die Finanzierung erfolgt neu aufgrund der tatsächlich erbrachten Leistung und nicht mehr aufgrund eines Kontingents. In den Tagesschulen werden vier Module angeboten: Ein Morgenmodul (7.00 Uhr bis Schulbeginn), ein Mittagsmodul (11.30 Uhr - 13.30 Uhr) und zwei Nachmittagsmodule (13.30 Uhr - 15.30 Uhr sowie 15.30 Uhr - 17.30 Uhr).

Das Personal der Tagesschulen ist nach kantonalen Vorgaben angestellt und das Gesetz verlangt, dass mindestens 50% der geleisteten Stunden durch ausgebildetes Fachpersonal abgedeckt sind (LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, soziokulturelle AnimatorInnen oder KleinkindererzieherInnen). Der maximale Lohn für Lehrpersonen in den Tagesschulen wird vom Kanton begrenzt. Für Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I bedeutet das, dass sie in einer Tagesschule zu tieferen Löhnen arbeiten müssen als in der Volksschule. Dadurch wird es schwierig, solche Lehrpersonen für die Tagesschule zu gewinnen. Wie im Bericht erwähnt, stellt man sich ja vor, dass in den Tagesschulen auch eine Unterstützung bei den Hausaufgaben angeboten werden soll. Es werden Synergien erwartet, wenn die Lehrerschaft die Schulkinder besser kennt. Sicher wissen aber alle Stadtratsmitglieder, dass der Markt nicht gerade viel Auswahl bietet und es schwierig sein wird, Lehrpersonen für solche Aufgaben zu finden. Auch die Arbeitszeiten sind relativ unattraktiv. So gibt es beispielsweise eine Lücke am Morgen zwischen Schulbeginn und 11.30 Uhr. Zudem darf pro Tag maximal 7,5 Stunden gearbeitet werden. Ein 100%-Pensum ist somit gar nicht erreichbar. Es wäre höchstens dann möglich, wenn für diese Angestellten andere Aufgaben gefunden würden wie beispielsweise Weiterbildungen, wie im Bericht erwähnt.

Bis Ende 2011 wird das bereits in den Horten tätige Personal dahingehend weitergebildet, dass die gesetzlich verlangte Forderung, mindestens 50% der geleisteten Stunden durch Fachpersonal zu erbringen, erfüllt werden kann. Danach gäbe es die Möglichkeiten, an den Tagesschulen auch Ausbildungsplätze anzubieten.

Auch die räumliche Situation der Tagesschulen ist problematisch. Seite 6 des Berichts liefert einen Überblick. Leider ist die Tabelle nicht farbig. Sie lässt aber erahnen, dass keines der Felder weiss ist. Das spricht für einen dringenden Raumbedarf. Die Prioritätenskala geht bis "äusserst dringend". Es besteht also eine ähnliche Situation wie bei den Schulen. Der Raumbedarf ist hoch, obwohl es im Moment keine Wartelisten mehr gibt wie früher bei den Horten. Zu Spitzenzeiten wie dem Dienstag- oder Donnerstagmittag, vermag das Angebot die Nachfrage aber nicht ganz zu decken und es müssen Lösungen gefunden werden. Es ist aber davon auszugehen, dass der Bedarf weiter ansteigt. Angebot, Raum und Personal sind jetzt schon knapp, so dass mit einem weiteren Geschäft zu rechnen ist.

Im Bericht nicht erwähnt werden die Themen Kundenservice und Kundenfreundlichkeit. Die GPK ist der Meinung, dass diese Themen in einem nächsten Bericht erwähnt werden sollten. So kann beispielsweise die Anmeldung für die Tagesschule nicht online getätigt werden. Auch ist das Formular nicht elektronisch verfügbar und muss also vor Ort ausgefüllt werden. Manchmal erfahren die Antragstellenden bereits bei der Anmeldung, dass die Tagesschulplätze praktisch ausgebucht seien. Eltern, die ihre Kinder neu in eine Tagesschule schicken wollen, wissen also oftmals bis zu den Sommerferien nicht, ob und wo ihr Kind nach den Ferien einen Tagesschulplatz haben wird. Während der Sommerferien ist es zudem sehr schwierig, die Abteilung Schule und Sport zu erreichen. Auch dies sollte in einem nächsten Bericht durchleuchtet werden.

Abschliessend hat die GPK einen formellen Änderungsantrag: Im Beschlussesentwurf wird beantragt, das Postulat 20080168, Barbara Schwickert, Grüne, "Tagesschulen in Biel" abzuschreiben. Gleichzeitig wird für dasselbe Postulat im für heute

traktandierten aber auf die Septembersitzung verschobenen Bericht 20110014, "Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates: Fristverlängerungen" eine Fristverlängerung bis Februar 2012 verlangt. Da das Postulat dem Bericht nicht beiliegt, finde ich es schwierig abzuschätzen, ob es nun als erfüllt abgeschrieben werden soll oder nicht. **Die GPK beantragt deshalb, Punkt 2 des Beschlussesentwurfs zu streichen.** Über eine Fristverlängerung oder Abschreibung des Vorstosses kann dann anlässlich des erwähnten Geschäfts im September entschieden werden.

Chevallier Barbara, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste remercie la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture pour ce rapport très instructif sur les écoles à journée continue. Ce rapport a été conçu à un travail parlementaire suivi et nous nous réjouissons des résultats très encourageants, présentés dans ce domaine. Pour le Groupe socialiste, les chiffres énoncés dans ce rapport sont la preuve, que l'offre développée par la Ville répond à un besoin fondamental de notre société. Les parents qui travaillent trouvent enfin des solutions, pour que leurs enfants soient adéquatement encadrés durant les plages horaires, qui dépassent les horaires contraignants de l'école publique. L'école à journée continue se déroule, dans la mesure du possible, dans les mêmes locaux et sous la même tutelle que l'école obligatoire. Cela offre aux enfants un cadre socio-pédagogique unique, rassurant et compétent, propice à leur développement.

Malgré la suppression du subventionnement des tarifs d'encadrement, la demande ne cesse d'augmenter. Réjouissons-nous, c'est la meilleure garantie d'assurer, que nos enfants grandissent sur les mêmes bancs, se côtoient et s'appriivoisent mutuellement. Ainsi que mentionné dans le rapport, l'école à journée continue facilite l'intégration sociale et encourage l'apprentissage du français ou de l'allemand. Elle est également un excellent moyen d'établir un pont entre école et famille et de multiplier ces liens. Ceci permet à moyen terme de mieux anticiper et cerner les difficultés, que rencontrent ou vont rencontrer certains élèves durant leur scolarité.

Il y a tout à gagner de cette offre, qui s'adresse aux enfants dès le plus jeune âge et qui depuis peu offre également un espace aux élèves du cycle secondaire. Il est également primordial pour le Groupe socialiste, que l'on continue à faire des efforts pour engager du personnel qualifié et si besoin est, de former le personnel insuffisamment qualifié par le biais de formation continue. Il en va du bien-être de nos enfants et de la qualité de l'accompagnement offert. Le rapport mentionne quelques inquiétudes dans ce domaine, étant donné la pénurie du personnel enseignant. Monsieur Bösch l'a mentionné tout à l'heure, il faut rester vigilant et donner les moyens de suivre les prescriptions cantonales en la matière.

Quelques ombres subsistent au tableau, nous l'avons entendu, la capacité d'accueil dans certaines écoles ou certains quartiers est inférieure à la demande. Les locaux, actuellement à disposition, sont insuffisants au regard de l'augmentation de la demande et freine le développement de l'offre. La planification des locaux de l'école à journée continue est une part intégrante de la planification des locaux scolaires. Elle est toute aussi difficile à planifier, tant la demande fluctue d'un quartier à l'autre et d'une année à l'autre, mais elle constitue à nos yeux une priorité absolue.

Enfin, il est dit dans la traduction de ce rapport, que les mesures d'allègement budgétaire 2012, au niveau du Canton, risquent de mener un ralentissement de la croissance des écoles à journée continue. Le Groupe socialiste espère, que ce ralentissement ne se fera pas au détriment des villes, qui sont face à des défis sociaux d'importance. Une économie dans ce domaine, aujourd'hui, serait plus que contreproductive. Peut-être que le Conseil municipal peut nous rassurer à ce sujet.

Pichard Alain, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP dankt für diesen interessanten Bericht. Es wird ersichtlich, dass die Tagesschulen eine gefreute Sache, ja eine Erfolgsstory sind. Das Projekt wurde gut umgesetzt, zumal die Tagesschulen für Biel enorm wichtig sind. Wenn ich mit den Bieler Schulleitungen spreche, sagen sie mir, dass die neu in Tagesschulen betreuten SchülerInnen ihre Aufgaben viel besser bewältigen als vorher. Das ist positiv. Die Fraktion GLP steht zu den Tagesschulen, findet sie gut und möchte für die geleistete Arbeit ein riesiges Kompliment aussprechen.

Angesichts der heutigen Strukturen wird es allerdings kaum möglich sein, bereits an Schulen tätige Lehrpersonen zusätzlich für die Tagesschule anzustellen. Denn wenn sich eine Lehrperson der Oberstufe bereit erklärt, die Betreuung eines Mittagsblocks zu übernehmen, verliert sie ganze vier Lohnklassen. Zudem sind die Zeitfenster in den Schulen für Lehrpersonen sehr knapp bemessen. Viele Sitzungen finden über Mittag statt. Lösungsmöglichkeiten könnten sich allenfalls dadurch ergeben, dass den Schulleitungen ein grösserer Gestaltungsfreiraum zugestanden wird. Ich spreche dabei von einer Schulautonomie auch im Bereich Budget. Damit hätten die Schulleitungen Manövriermasse und könnten ausgleichend wirken. Klar ist, dass es wesentlich besser ist, wenn diejenigen Lehrpersonen den Mittagstisch betreuen, welche die SchülerInnen auch bereits von der Schule her kennen. Das ist aber Zukunftsmusik.

Ich habe noch eine Frage an die BSK (Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion): Auf Seite 13 heisst es: *"Im Sommer 2009 wurde die neue Organisation umgesetzt. Die Schulleitungen wurden im ersten Jahr (2009/2010) auf Wunsch von ihrer Funktion für die Tagesschulen entlastet. Die Übernahme der pädagogischen und organisatorischen Verantwortung für die Tagesschulen durch die Schulleitungen ist noch nicht an allen Standorten abgeschlossen, wird jedoch per Ende 2011 angestrebt."* Für mich tönt das Ganze nach einem Widerspruch. Handelt es sich um eine finanzielle oder eine zeitliche Entlastung der Schulleitungen?

Simon Fatima, au nom du Groupe des Verts Bienne: Dans son programme fédéral d'impulsion pour les écoles à journée continue, la Confédération prend en charge qu'une partie des coûts. D'autre part, elle impose aux communes de présenter un business plan garantissant leur financement. En terme social, les structures d'accueil sont des piliers, sur lesquels la prévention primaire peut s'appuyer et un puits cohérent dans le processus de socialisation et d'intégration. L'encadrement en début et en fin journée, pendant la pause de midi et les vacances scolaires permettra à l'école de se concentrer à nouveau sur ses tâches essentielles de la transmission du savoir et la préparation des enfants et des jeunes à un avenir professionnel.

Par contre, la politique cantonale du personnel n'est pas intéressante. Trop d'exigences au niveau des qualifications pédagogiques sont demandées, pour

quelques heures de travail, le matin, à midi et l'après-midi. Pour de telles exigences, il faudrait offrir des places plus intéressantes. D'autre part, les enseignant(e)s sont déjà débordé(e)s. Ils ne devraient pas collaborer avec l'école à journée continue, sous la forme prévue par le Canton.

Comme mentionné dans le rapport, malgré la hausse des coûts pour les parents, la demande de places ne cesse pas d'augmenter. Il faut être conscient, que les familles intéressées par ces dispositifs sont plus nombreuses à faire partie de la classe moyenne où les deux parents doivent exercer une activité professionnelle pour faire vivre leur famille. La participation des parents est très élevée pour le financement de ces structures. Une vraie politique sociale de soutien à la famille devrait, à terme, soulager financièrement les familles. Ces structures d'accueil devraient être intégrées entièrement au système scolaire et donc être financées de la même manière que les écoles.

Nicati Alain, PRR: Je vais simplement vous dire quelques mots au sujet d'une discussion, que nous avons eue au sein du Groupe Forum. La demande pour les écoles à journée continue ne fait que d'augmenter. Les écoles à journée continue deviennent un chapitre du système de formation et ces besoins se justifient. Suite à ces besoins, il faut pouvoir mettre à disposition des locaux, du matériel et du personnel. La logique oblige de constater, que finalement tout cela devient de plus en plus marquant et nécessaire, mais de moins en moins financé. Les coûts augmentent inévitablement, dans une période où l'économie nous donne de gros soucis. Tout augmente et notre Maire ou le Directeur des finances, qui lui succédera, va aller devant d'immenses soucis.

Blättler Isabelle, Grüne Biel: Ich glaube, alle sind sich mehr oder weniger einig darin, dass Tagesschulen eine Erfolgsstory sind und die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie ermöglichen. In den Tagesschulen wird Betreuung, Aufgabenhilfe und Mittagessen angeboten. Was bekommen die Kinder aber in den Tagesschulen zu essen? Seit kurzem wurde auf die "kalte Linie" umgestellt, was bedeutet, dass der SV (Schweiz) AG täglich kalte Mahlzeiten liefert. Diese werden in den Tagesschulen mit dem Steamer aufgewärmt. Das ist alles. Gemäss Information der BSK ist es so, dass keine andere Unternehmung diesen Service bieten kann. Eine Ausschreibung der Mahlzeitenlieferung ist jedoch vorgesehen. Ich weiss, wie das Essen der SV (Schweiz) AG schmeckt: Hat man Hunger, ist es essbar... Ich bitte Herrn Moeschler, die Mahlzeiten der offerierenden Anbieter zu testen, bevor der Zuschlag erteilt wird. Zudem bin ich der Meinung, dass die Kinder ein Anrecht auf saisonale Mahlzeiten haben.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Je remercie les différents intervenants de l'accueil réservé à ce rapport. Apparemment, vous avez pris ces informations très positivement. Effectivement, le domaine des écoles à journée continue s'est développé depuis 12 à 13 ans et est un domaine extrêmement satisfaisant. Vous vous rappelez, qu'au départ il y avait une Commission des écoles gardiennes et une société privée des cantines scolaires. Le personnel a été repris dans l'Administration et petit à petit les choses se sont mises en place pour que ces infrastructures soient développées, d'abord pour l'école primaire et maintenant, sous l'impulsion du Canton, depuis l'école enfantine jusqu'à l'école secondaire. Cela ne va pas de soit, Monsieur Nicati l'a souligné, il y a des frais

énormes et les communes doivent s'occuper des problèmes d'infrastructures. La Ville de Bienne inclue ces questions dans la planification des locaux scolaires et le Canton s'occupe des questions de fonctionnement. Jusqu'à présent, le Canton n'a pas montré de signes d'affaiblissement quant à sa volonté de subventionnement, puisque même dans les périodes financièrement difficiles, il continue à appliquer la loi, qui demande que l'offre doit correspondre absolument à la demande. La planification des locaux scolaires, qui est aussi à l'ordre du jour de cette séance, tient compte de cela et pour chaque objet de rénovation ou de construction d'école, il y a un chapitre à ce sujet. La demande n'a pas diminué au moment de l'augmentation des tarifs, ce qui est aussi réjouissant.

Quelques remarques ont été faites par rapport à l'accueil des clients, c'est-à-dire les parents. Il est souhaitable de simplifier l'accueil, mais c'est assez difficile étant donné que les parents doivent payer un tarif, qui est proportionnel à leur revenu et qu'il est nécessaire d'avoir des entretiens avec les parents pour remplir les formulaires d'inscription. Cette manière de procéder n'est pas très accueillante, mais naturellement je prends compte de la remarque de la Commissions de gestion et j'essayerai d'améliorer les choses.

Madame Chevallier a parlé des craintes du ralentissement du développement par rapport à des éventuelles pressions budgétaires. Il n'y a pas de signes qui aillent dans ce sens-là. Le Canton s'est donné dans la loi une disposition qui lui permettrait effectivement de freiner le développement des écoles à journée continue, s'il n'en avait pas les moyens d'assurer ce développement. Jusqu'à maintenant, il n'en a pas fait usage, malgré la situation difficile.

Monsieur Pichard parle des directions des écoles qui devraient être déchargées. Elles devraient être déchargées en temps, afin d'avoir plus de temps à disposition. L'intention est de faire en sorte, que toutes les directions d'école s'occupent de l'école à journée continue. Cela fait partie du concept. Les directions d'écoles doivent s'occuper des écoles à journée continue et pas un service administratif. Il faut du temps pour persuader les directeurs d'écoles de s'y mettre. La Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture (FPC) a commencé en 2009 et va y arriver en 2011. Cela se passe relativement bien.

Madame Blättler pose une question concernant la qualité de l'alimentation (ligne froide) des écoles à journée continue. Lorsque j'ai commencé à traiter ce thème, je me rappelle que j'ai eu des discussions intéressantes avec les personnes responsables des cuisines, qui tenaient à ce que l'on ne donne aux élèves, que des produits du Seeland et que les repas puissent être préparés avec les élèves. Ce n'est plus possible de préparer les repas avec les enfants depuis que les horaires blocs ont été introduits. Cette préparation des repas, qui était très éducative a disparu. Par conséquent, on revient maintenant à une notion tout à fait basique, de dire que la solution la meilleure marché est visée, à condition qu'une alimentation saine puisse être assurée. La FPC est persuadé, que c'est le cas avec cette ligne froide. Il faut se plier au marché des soumissions et demander plusieurs offres, afin de pouvoir comparer laquelle est la meilleure.

Esseiva Monique, 1ère Vice-présidente: La Commission de gestion propose donc de biffer le point 2 du projet d'arrêté.

Abstimmung

über den Änderungsantrag der GPK, Ziffer 2 zu streichen.

Der Antrag der GPK wird angenommen.

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 24. Juni 2011, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Tagesschulbericht.

125. 20110037 Schulraumplanung

Rüfenacht Martin, GPK: Es ist die Pflicht der GPK, die ihr auferlegten Aufgaben zu erfüllen, also die Vorprüfung der Stadtratsgeschäfte, die Überwachung der Verwaltung. Sie versucht, dies so sachlich und fachlich korrekt wie möglich zu tun. Sachlich und fachlich korrekt heisst auch emotionslos. Die GPK hat auch versucht, die vorliegende Schulraumplanung so sachlich zu prüfen und zu analysieren wie nur möglich. 2003, respektive 2006 reichten erst ich und dann Frau Stöckli Schwarzen Postulate ein mit dem Anliegen, es sei eine Schulraumplanung zu erstellen. Acht Jahre später liegt nun ein Resultat vor. Eigentlich könnte man sagen: endlich! Aber dies wäre bereits wieder eine emotionale Äusserung. Trotz der langen Erarbeitungszeit der Schulraumplanung ist die gewählte Präsentation für die Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion wenig schmeichelhaft und stellt eine Enttäuschung dar. Was erfahren wir aus dem vorliegenden Bericht? Wir erfahren, was eine gute Schule ausmachen soll, nämlich: der Standort, der Anteil fremdsprachiger und ausländischer Kinder sowie der Zustand der Schulanlagen. Der Bericht zeigt auch auf, welche Schulen bereits saniert wurden und welche noch zu sanieren sind. Er zeigt auch auf, dass mit einem Investitionsvolumen von CHF 250 Mio. zu rechnen ist. Knapp erwähnt werden auch noch die Tagesschulen und in etwa gleich knapp noch die Kindergärten. Tatsache aber ist, dass das Hinauszögern des Berichts und das Vertrösten der PostulantInnen falsch war. Die kantonalen Veränderungen im Bildungswesen waren nicht so markant wie uns gesagt wurde. Natürlich verändert sich ein Schulsystem laufend, es gab aber keine plötzlichen Veränderungen, die umgehend Bedarf an Schulraum nach sich zogen. Die Erstellung der vorliegenden Bestandesaufnahme wäre auch bereits viel früher möglich gewesen. Wer weiss, vielleicht würden wir dann heute nicht vor dem Dilemma stehen, sehr bald auf neuen Schulraum angewiesen zu sein und dies zu einer Zeit, wo bereits das zentrale Verwaltungsgebäude als gescheitert betrachtet werden muss. Wer weiss, vielleicht muss der Stadtrat schon bald über Steuererhöhungen diskutieren. Wie kann die Stadt sonst CHF 250 Mio. aufbringen? Fazit: So unbekannt wie uns immer glauben gemacht wurde, waren die Fakten nicht. Vor allen Dingen waren aber die ins Feld geführten Argumente nicht massgebend. Die GPK hält fest: Es ist gut, dass der Bericht endlich vorliegt. Er ist aber nicht mehr

und nicht weniger als eine Standortbestimmung, welche Baudirektion oder Liegenschaftsverwaltung schon lange hätten aufbereiten können. Essentiell Neues enthält der Bericht jedenfalls nicht für diejenigen, welche sich bereits mit dem Thema Bieler Schulen beschäftigten. Es nützt nichts, geschätzte Anwesende, wenn man weiss, wie Demographie buchstabiert und geschrieben wird, oder wenn man weiss, dass zwei plus zwei vier gibt, wenn man nicht weiss, wie demographische Entwicklungen interpretiert werden müssen und die notwendigen Massnahmen daraus nicht herleiten kann. Faktoren hierfür sind auch die Abwanderung, die wirtschaftliche Situation und diesbezügliche Prognosen.

Es ist den PostulantInnen und der GPK insbesondere ein Anliegen, dass die Schulraumplanung mit der Klassenorganisation in Verbindung gebracht wird. Aus diesem Grund wäre es gut, wenn dieser Bericht alljährlich vorgelegt würde. Der GPK ist es ein Anliegen, dass Reserven und Investitionen proaktiv zusammen mit der Klassenorganisation präsentiert werden.

Es ist richtig, dass bei den Abschreibungen und Fristverlängerungen für die beiden Postulate (20030179, Martin Rüfenacht, FDP, "Bieler Schulraumplanung" und 20060474, Heidi Stöckli Schwarzen, SP, "Umfassende Schulraumplanung") Fristverlängerung bis Februar 2012 verlangt wird. Die GPK wünschte sich, dass bis dahin noch die Lücken im vorliegenden Bericht geschlossen werden. Die GPK **beantragt daher, die Ziffern 2 und 3 des Beschlussesentwurfes des vorliegenden Berichts zu streichen**. Aus unserer Sicht liegt hier ein Koordinationsfehler vor. Ich hoffe, dass der neue Bericht auf aktuelleren Daten basiert (vgl. Seite 6 des Berichts, wo Daten aus dem Jahr 2009 wiedergegeben werden). Zum Schluss aber doch noch eine emotionale Bemerkung der GPK: Die GPK ist enttäuscht. Enttäuscht über die schlechte Qualität, die Unvollständigkeit, die nicht vernetzte Darstellung des Berichts. Er erinnert stark an die von derselben Direktion dem Stadtrat vorgestellte Bildungsstrategie. Auch sie war nicht mehr als ein Standortpapier. Mit Enttäuschung hat die GPK den vorliegenden Bericht zur Kenntnis genommen und ersucht um Zustimmung zu den von ihr beantragten Änderungen des Beschlussesentwurfes.

Blösch Paul, Fraktion Forum: Der Sprecher der GPK hat mir mein Stichwort geklaut, ich bringe es aber noch einmal: endlich! Endlich hat der Stadtrat den Bericht, den er seit Jahren verlangt hat. In meinen 15 Jahren Stadtrat habe ich dieses Ansinnen immer wieder gehört. Wo steht die Schulraumplanung? Die beiden Postulate aus den Jahren 2003 und 2006 haben lange auf eine Reaktion warten müssen. Auf Seite 3 liest man "*Die Schulraumplanung wurde wiederholt aufgeschoben, weil wichtige Eckpunkte für eine verlässliche Planung unbekannt waren*". Ich habe mich gefragt, welche Eckpunkte denn? Ich habe weiter gelesen "*Die Situation hat sich diesbezüglich leicht verbessert...*". Offensichtlich aber noch immer nicht zur vollen Zufriedenheit, aber ja, ein Bericht liegt nun vor. Zu Beginn des Berichts erfahren wir etwas Positives: Der Stadtrat soll künftig alljährlich im April einen solchen Bericht erhalten. Das ist eine gute Nachricht. Ganz so enttäuscht wie die GPK ist die Fraktion Forum aber nicht, obschon auch wir gerne etwas mehr Fleisch am Knochen gehabt hätten.

Was die Genauigkeit dieser Schulraumplanung anbelangt, so erscheint es uns als logisch, dass eine solche nicht genau und bindend sein kann. Das hat aber auch

niemand verlangt. Ebenso wenig wurde verlangt, dass Steuereinnahmen oder die Investitionsplanung auf den Franken genau budgetiert werden. Auch diese Planungen sind Bestandesaufnahmen oder Aussichten und Erwartungen. Was die Fraktion Forum aber sehr erstaunt und überrascht ist der Umstand, dass sich der Gemeinderat oder zumindest das Schulamt von den zunehmenden SchülerInnenzahlen so überrascht, ja überrumpelt zeigt. Meine Fraktion hat sich daher gefragt, wie denn die den Erhebungen zugrunde liegenden Zahlen erhoben werden. Erfasst werden sie nämlich laufend über die Einwohnerkontrolle (Zu- und Wegzüge, Geburten etc.). Wo sind die Statistiker für den Schulbereich? Im Bericht heisst es auch, die Gründe für die erhöhte Geburtenrate und die Zuwanderung seien nicht bekannt. Es wäre doch mindestens möglich gewesen, hier Vermutungen anzustellen? Sieht man im letztjährigen Geschäftsbericht doch auf Seite 64 bei der Bilanz der Wohnbevölkerung (Zu- und Wegzügler), dass mehr AusländerInnen zu- als weggezogen sind. Bei den SchweizerInnen ist es umgekehrt. Erfahrungsgemäss ist daher auch von mehr Kindern auszugehen. Es wäre also nicht so schwierig gewesen, die sich daraus ergebenden Schlüsse zu ziehen.

Im zweiten Teil des Berichts, wo es um den Raum- und Sanierungsbedarf geht, ist es schon etwas erschreckend, zu lesen, dass viele Kindergärten in einem solch schlechten Zustand sind, dass sie nicht mehr mit gutem Gewissen weiter betrieben werden können. Die Fraktion Forum hat sich daher gefragt, ob hier der Unterhalt vernachlässigt wurde? Es ist auch erschreckend, zu sehen, wieviele teure, ja sehr teure Schulhaussanierungen anstehen. An der nächsten Stadtratssitzung wird über ein CHF 30 Mio.-Geschäft zu befinden sein! Im Bericht liest man auch über die Bauruinen Schulhaus Dufour und Union. Entschuldigen Sie meine Bezeichnung, aber diese Schulhäuser werden uns sehr viel Geld kosten! Was den zusätzlichen Schulraum angeht, so ist dies sicher teilweise auch als eine Folge aus der Einführung der Tagesschule zu sehen. Dies wurde anlässlich des vorhergehenden Geschäfts erwähnt. Die Fraktion Forum findet es gut, dass beispielsweise auf Seite 13 ganz klar Provisorien erwähnt werden. Die Priorisierung von Provisorien erachtet unsere Fraktion als richtig. Als ich vor einigen Jahren das Lehrerseminar absolvierte, ging ich während vier Jahren auf der Rittermatte in einem Pavillon zur Schule. Mir hat dies Spass gemacht! Im Bericht können wir lesen, dass 2016 ein Neubau im Grenzbereich Stadtzentrum/Madretsch geplant ist. Die Fraktion Forum hat sich gefragt, ob zwingend ein Neubau erstellt werden muss. Es wurde innerhalb der Fraktion die Idee geäussert, das Wohlfahrtsgebäude der Vereinigten Drahtwerke umzufunktionieren. Der Bedarf an Schulraum für die nächsten fünf bis zehn Jahre (vgl. Seite 13) ist wohl realistisch. Meine Fraktion fragte sich nur, ob auch die Terminierung so stimmt, ob die Prioritäten richtig gesetzt werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Finanzierung von CHF 250 Mio.. Darüber steht nichts. Zum Schluss noch ein kleines Detail: Auf Seite 13 wird bei den Sanierungen auch die Kita Bubenberg aufgeführt. Neben der Kita Bubenberg ist eine Klammer eingefügt, welche beginnt mit "*inklusive...*". Nachher steht aber nichts mehr. Unsere Fraktion hat sich daher gefragt, ob hier wohl das Pfortnerhaus gemeint ist...?

Blättler Isabelle, Fraktion Grüne Biel: Ich war nicht sehr erfreut, als ich diesen Bericht gelesen habe. Es beginnt bereits damit, dass der Bericht strukturell, redaktionell aber auch inhaltlich eher eine mässige Qualität aufweist. Zum Glück färbt diese Qualität nicht auf die Lehrerschaft ab. Die Lehrerschaft leistet eine gute Arbeit und ich möchte ihr an dieser Stelle danken, für ihr tägliches Engagement für und mit

der Schülerschaft. Nun aber zum Inhalt des Berichts: Was sagt dieser über die Schulraumplanung aus? Will er uns sagen, dass es genügend Schulräume geben muss? Dass zurzeit eine hohe Geburtenrate herrscht? Dass auch die Zuwanderung die Anzahl Schulkinder erhöht? Dass jeweils im April die Grundlagen für die Investitionsplanung vorliegen sollten? Dass vor Investitionen zuerst die Nutzung der Schulräume optimiert werden muss und dass es Provisorien geben wird, weil man nicht unnötig neue Schulräume bauen will? Diese Aussagen werden zu den Grundlagen und planerischen Grundsätzen gemacht. Es werden sogar auch noch Sanierungen und Neubauten geplant bis ins Jahr 2020! Es ist schon schwierig genug, herauszufinden, wie sich die Anzahl der Kinder in den nächsten fünf Jahren entwickeln wird. Schätzungen bis ins Jahr 2020 bzw. sogar 2023 sind meiner Meinung nach nicht sehr seriös! Eine ganz konkrete Planung für das nächste und übernächste Schuljahr fehlt jedoch. Dafür braucht es eben eine Detailanalyse betreffend der optimalen Nutzung der Schulräume. Diese Detailanalyse soll erst im April 2012 vorliegen und als Grundlage für den Investitionsentscheid dienen. Die Fraktion Grüne ist sehr gespannt auf den Inhalt dieser Detailanalyse und hofft, dass die Schulleitungen frühzeitig einbezogen werden.

Als Überbrückung für den fehlenden Raum sollen Provisorien erstellt werden. "Il y a que les provisoires qui durent" hat man mir einmal gesagt. Das sieht man beispielsweise an den Kindergarten im Möösli-Quartier. Ich gebe der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion recht, dass Provisorien hilfreich sein können und unerwartete Schwankungen auffangen können. Hingegen hat die Fraktion Grüne etwas Mühe, zu verstehen, weshalb die Provisorien bis ins Jahr 2014 bis zu CHF 12 Mio. kosten sollen. Deshalb die Frage an Herrn Moeschler: Was genau verstehen Sie unter "Provisorien"? Der vorliegende Schulraumbericht enthält zwar einige wichtige Informationen, hinterlässt bei den Lesenden jedoch keine Sicherheit, dass man die Schulraumplanung detailliert im Griff hat. Bisher hatte man vielmehr den Eindruck, dass eine konkrete Schulraumplanung gar nicht stattgefunden hat. Stattdessen mussten beispielsweise für zehn Klassen in diesem Schuljahr kurzfristig Schulräume organisiert werden und ich habe mir sagen lassen, dass dafür über CHF 2 Mio. hingebblättert werden mussten. Ich habe noch eine letzte Frage Herr Moeschler: Sind Sie aufgrund des Schulraumberichts wirklich sicher, dass auf anfangs nächstes Schuljahr (August 2012) genügend Schulraum vorhanden ist und die notwendigen Sanierungen termingerecht erfolgen können? Reicht die Zeit von April bis August 2012 wirklich, um die notwendigen Massnahmen zu ergreifen?

Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste: Avant de prendre position sur le rapport que nous propose le Conseil municipal, j'aimerais rappeler que la qualité de notre école est un signe de qualité de vie dans notre Ville. Sa mission consistant à préparer nos enfants à la vie et à la citoyenneté, l'école publique constitue la base de toute démocratie. Au même titre que l'économie, la culture et l'environnement, l'école est un élément d'attractivité très important qu'exerce toute ville. J'aimerais ainsi remercier la Direction de la formation de la prévoyance sociale et de la culture pour ce rapport concernant la planification des locaux scolaires. Ce rapport, nous permettra d'anticiper et de résoudre le problème qui se pose, soit le manque de locaux scolaires. Nous espérons ainsi répondre aux besoins de la population en la matière. Le Parti socialiste se réjouit tout particulièrement de l'augmentation du nombre des enfants scolarisés dans notre Ville. Si les causes de ce phénomène sont multiples, il faut souligner que c'est également le signe que les

familles biennoises apprécient la qualité des infrastructures scolaires biennoises. Le mérite en revient d'abord aux enseignants de notre cité, mais également à ses autorités. Il est important de rappeler, que la Ville a le devoir d'offrir les infrastructures de formation nécessaires et adéquates. La planification de l'infrastructure nécessaire revêt donc une très grande importance et constitue un instrument de travail permettant aux autorités de se mettre à l'abri de toute mauvaise surprise.

Le rapport du Conseil municipal présente trois phases permettant de faire face aux difficultés en matière de locaux scolaires. Tout d'abord, par la création de locaux provisoires, puis grâce aux assainissements et aux extensions et enfin par la construction de nouveaux bâtiments scolaires. Le rapport du Conseil municipal relève, que les investissements seront très importants en la matière. Ainsi, ce rapport prévoit un coût de 12 mio. fr. pour les constructions provisoires. L'estimation sommaire des coûts, pour les projets d'assainissement et les nouvelles constructions, s'approche des 250 mio.fr. En période de vaches maigres, la situation s'avère particulièrement délicate. Il faudra certainement fixer des priorités et trouver des compromis. Le Parti socialiste attache la plus grande importance aux conditions dans lesquelles l'école publique accomplit sa mission. Il est également sensible aux questions budgétaires, mais veillera tout particulièrement à ce que les meilleures solutions possibles soient mises en place pour l'accueil des enfants. Comme relève le rapport du Conseil municipal, il n'est pas aisé d'évaluer avec précision les besoins pour 2015-2020 en matière de nouveaux locaux scolaires. Il s'agit donc de faire preuve d'un certain pragmatisme. Il est vrai, que la construction de locaux provisoires offre effectivement une certaine souplesse dans une première phase. Le Groupe socialiste tient néanmoins à ce que ces constructions provisoires ne représentent qu'une étape transitoire, permettant de faire place rapidement à des solutions définitives. La planification proposée est ambitieuse. Nous attendons avec grand intérêt les planifications annuelles futures, qui apporteront plus de précisions. Étant donné que la fluctuation des enfants est difficilement prévisible à l'avance, le nombre de classes peut varier d'une année à l'autre. Il est important de relever, que pour la promotion de la vie des quartiers, il est primordial de pouvoir compter sur des écoles de proximité. Les frais de déplacement sont ainsi limités et le bien-être des enfants assuré.

Le Groupe socialiste souhaite que le collège Dufour soit assaini dès que possible, afin qu'il puisse scolariser les enfants dans de bonnes conditions. Ce collège offre des espaces scolaires bienvenus au Centre-Ville. L'école constitue un élément très important de l'attractivité de notre Ville et par conséquent, il faut y accorder le plus grand soin. Les bonnes nouvelles ayant un prix, réjouissons-nous que les familles ne quittent plus Bienne et y scolarisent leurs enfants. Il faut, en outre, veiller à ce que la Ville puisse honorer ses engagements et ses devoirs.

Pichard Alain, Fraktion GLP: Es gibt manchmal Zufälle im Leben: Vor einiger Zeit wurde im Theaterbereich (Neues Städtebundtheater Biel-Solothurn) eine Stelle neu besetzt. Zufälligerweise handelte es sich hierbei um einen Kollegen von mir aus Basel. Im Vorfeld hat er mich besucht und mich gefragt, wo in Biel er am besten wohnen soll. Ich habe ihm gesagt, ich fände das Lindenquartier nicht schlecht. Heute Nachmittag habe ich ihn an einer Sitzung wieder getroffen und er hat mich angeschnauzt. Offenbar muss sein Sohn, weil es im Quartierkindergarten keinen Platz hat, einen Kindergarten in der Stadt besuchen. Auf seine Frage, ob ich denn

dies nicht gewusst hätte, verneinte ich. Worauf er meinte, ich sei doch Mitglied des Stadtrats. Ich habe dies aber effektiv nicht gewusst und ich habe ihm erzählt, dass der Stadtrat am 20. Januar 2011 über die Bildungsstrategie debattiert habe. Man habe über frühkindliche Betreuung, zeitgemässe Strukturen, Basisstufen- und Oberstufenmodelle, Eltern- und SchülerInnenmitwirkung, Chancengleichheit, Schule als Lebensraum, Gesundheitsförderung, Sicherheit in der Schule, Zweisprachigkeit, offene Kinder- und Jugendarbeit, Sport und Kultur usw. gesprochen. Jede Menge Glaubenssätze also. Es gab zwar auch eine Ziffer 3 "Schulinfrastruktur". Liest man diesen Abschnitt, so beginnt das erste Kapitel aber wieder mit Integration, das zweite Tagesschule, Basisstufe usw.. Dies muss man sich einmal vorstellen: Im Januar 2011 hat der Stadtrat einen Strategiebericht diskutiert, der kein Wort über den bevorstehenden - ich würde sogar sagen dramatischen - Schulraummangel enthielt! Wie Herr Grupp, habe ich im Duden den Begriff "Strategie" nachgeschlagen: *"(Strategos) ist ein längerfristig ausgerichtetes Anstreben eines Ziels unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen und der Prioritäten"*.

Es ist klar, wenn eine "Wiederverzauberung" der Bieler Schulen angestrebt wird oder wortwörtlich "alle Hase gejagt werden", dann gehen wesentliche, reale Notwendigkeiten verloren. Darunter fällt meines Erachtens der Schulraum. Im Bericht auf Seite 3 steht: *"Die Schulraumplanung wurde wiederholt aufgeschoben, weil wichtige Eckpunkte für eine verlässliche Planung unbekannt waren."* Dazu muss ich sagen, dass wir, die Lehrerschaft, schon lange (wenn auch nicht im Detail) gewusst haben, dass immer mehr Kinder die Schule besuchen und dies bereits seit Jahren! Wir haben das immer gewusst und haben sogar Witze darüber gemacht und uns gefragt, wo wir die SchülerInnen unterbringen würden. Es ist doch peinlich und hat wohl auch mit mangelnder Schulraumplanung zu tun: Der Stadtrat hat für CHF 13,7 Mio. das Oberstufenzentrum Madretsch saniert und als die Arbeiten beendet waren, hat man gemerkt, dass kein Raum für die Tagesschule vorhanden ist und keiner für Integrationsprojekte. Auch dies war doch schon seit Langem bekannt.

Es ist kein Geheimnis, dass der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektor und ich das (bildungspolitische) Heu nicht auf der gleichen Bühne haben. Aber: Es geht immer noch um dasselbe Heu! *(Gelächter)* Mit anderen Worten Herr Moeschler, ich und vermutlich Sie alle wollen eine gute Schule. Dies ist aber eine Frage der Prioritäten. Die Priorität der GLP heisst in dieser Frage: Guter und ausreichender Schulraum ist nicht alles, aber ohne guten und ausreichenden Schulraum ist alles nichts! Wir alle stehen nun vor einer etwas schwierigen Situation: Wie meine Vorredner auch erwähnten, hat der Stadtrat mit vorliegendem Bericht einen minimalen Ansatz, wie es weiter gehen könnte. Ob dieser Ausblick gleich bis ins Jahr 2020 reichen muss, bleibe dahingestellt. Darauf gilt es nun, aufzubauen, was mit anderen Worten heisst, es müssen Provisorien gesucht werden. So schlimm wie ihr Ruf sind die Provisorien nicht! Viele meiner Generation sind noch in Baracken in die Schule gegangen, zumindest ich und, wie ich glaube, Herr Kaufmann. Im Oberstufenzentrum Madretsch gab es einmal eine Baracke. Die Schülerschaft ging gerne dort zur Schule. Sie war nahe der Schule aufgestellt und es entstand ein Hauch Autonomie. Die heutigen Baracken sind sehr viel besser als früher. Es ist also nicht das Ende der Welt, wenn in Schulen Baracken aufgestellt werden müssen. Auf jeden Fall ist es aber besser, als die Schulen auseinanderzureissen, vor allem sollten die Unterstufen zusammen belassen werden. Dies einfach als Bemerkung zu den Provisorien. Jetzt höre ich aber

lieber auf, damit es nicht im morgigen Bieler Tagblatt heisst: "der Lehrer im Rat redet zu lange".

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Je comprends la déception de Monsieur Rüfenacht concernant le retard de notre rapport. Cependant, je comprends moins les jugements portés à notre égard. Le Département Écoles & Sport a mis en place plus de réformes, au cours de ces cinq dernières années, qu'aucun autre département dans cette Ville: modifications des structures de gestion scolaire, mise en place de l'article 17 (RSB 432.210, Loi sur l'école obligatoire LEO), mise en place des écoles à journée continue, développement de Jeunesse & Loisirs, concept et mise en place de la nouvelle politique du sport, réorganisation du département, mais également l'agrandissement et la rénovation de nombreux bâtiments en partenariat avec la Direction des travaux publics. Ces réformes ont été menées à bien par des personnes extrêmement engagées, ne comptant pas leurs heures de travail et mettant à disposition de la Ville de Bienne des compétences intellectuelles et un savoir-faire supérieur à la moyenne. C'est une très grande déception, que d'entendre les critiques exposées par Monsieur Rüfenacht. Le retard de ce rapport provient du fait qu'il y avait jusqu'ici trop d'inconnues, notamment en ce qui concerne la position du Canton, par rapport au développement de l'école à journée continue, à l'introduction de l'article 17 et au cycle élémentaire. Dès réception de la réponse du Canton, le Département a mis en œuvre un travail de réalisation titanesque, qui n'est toujours pas finalisé. S'agissant de la question relative au cycle élémentaire, cette question reste encore sans réponse et on ne sait pas ce que le Canton va imposer en la matière. Le Conseil municipal a hésité à demander au Conseil de Ville une nouvelle prolongation de délai, puisque cette réponse aura également des effets et incidences sur la planification des locaux scolaires.

Un des éléments que l'on peut néanmoins présenter à ce jour est celui de l'augmentation démographique. En effet, comme indiqué sur le graphique en page 7 du rapport, il y a stabilité des chiffres par rapport aux élèves scolarisés actuellement et ceux qui y sont depuis quelques années. Il faudra compter sur une augmentation dans les années à venir. Petite parenthèse, je m'étonne que Monsieur Pichard parle déjà d'une augmentation depuis plusieurs années, alors que cette augmentation ne surviendra que d'ici quelques années. Depuis quelques années, une stratégie a été mise en place, afin de convaincre les familles de classe moyenne à rester à Bienne, plutôt que de fuir vers des communes environnantes, lors de la scolarisation de leurs enfants. On constate, depuis 2010, que les familles restent davantage à Bienne et également une augmentation des familles avec enfants, provenant d'autres communes, qui souhaitent scolariser leurs enfants à Bienne. Il s'agit majoritairement de familles suisse, mais également des familles d'origine étrangère. C'est un élément nouveau. Cela veut dire, que la politique d'attractivité et de promotion de la Ville de Bienne porte ses fruits. Cet élément nouveau a obligé à mettre en place des stratégies pour faire face à cette réalité, lors de la planification des classes ce printemps. On ne sait pas si cette tendance se maintiendra, mais on ne peut pas prendre le risque. Par conséquent, ce rapport contient une planification des investissements et des différents objets qui devront être rénovés, agrandis, voire complétés par des bâtiments provisoires, comme cela a été le cas à Madretsch.

La présentation d'un rapport il y a deux, quatre ou six ans, comme demandé, n'aurait pas eu de sens. Il n'aurait amené que des incertitudes et n'aurait pas permis de déterminer une politique d'investissement stratégique. Entre-temps, un grand travail a été réalisé par la Direction des travaux publics et la Direction de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture. Un travail de négociation, de planification des investissements et de coordination, qui a permis au cours de ces dix, quinze, vingt dernières années les réalisations de nombreux objets, notamment la construction d'une halle de gymnastique ainsi que l'agrandissement du centre de Madretsch. En effet, l'école secondaire alémanique du quartier de Madretsch a dû faire face à une augmentation du nombre d'élèves. Il a donc fallu trouver une solution, pour permettre aux enfants de Madretsch, scolarisés provisoirement aux Prés-Ritter, de revenir dans leur quartier. Notre manière de procéder n'a prêté en rien une action efficace en matière de rénovation des bâtiments et de mise à disposition de locaux scolaires. En raison de cette augmentation démographique et du fait que la Ville ne compte pas sur un Office de la statistique, on a récolté les données (ce qui n'est pas une mince affaire) et c'est sur la base de ces données, récoltées quartier par quartier, que nous avons obtenu les résultats présentés aujourd'hui et pour lesquels, je remercie monsieur Walther et le Département Écoles & Sport, pour leur travail de précision. Nous savons ainsi, dans quelle direction aller et qu'elles sont les mesures à prendre.

En ce qui concerne la négligence de l'entretien des bâtiments, question soulevée par Monsieur Blösch, on peut dire que pour certains objets, il y a effectivement eu une certaine négligence, notamment en ce qui concerne les 31 mio. fr. du Châtelet. Cette décision devra être prise cet automne. Ce bâtiment n'a jamais été rénové et ceci depuis sa construction, il y a 60 ans. Il y a de nombreux objets de ce type-là. Il faut savoir, que c'était une pratique courante dans la Ville de Bienne, que de ne pas investir suffisamment dans le domaine scolaire, par manque de moyens. Depuis 15 ans, il existe une politique d'investissement, qui a porté ses fruits, mais il reste encore des efforts à faire dans ce sens. En effet, on ne peut malheureusement pas faire face à plusieurs problèmes simultanément. Il faut les régler les uns après les autres: après le Châtelet, ce sera au tour du Collège Dufour puis celui des Platanes.

Pour les écoles enfantines, il y a un peu plus de marge. Parfois on peut fermer une école et en ouvrir une autre ailleurs. Il s'agit de locaux plus petits et on est donc plus flexible. Il faut aussi être conscient, que nous vivons dans une ville et que les variations démographiques, d'un quartier à l'autre, peuvent être extrêmement rapides. On pourrait pallier à cela, en prévoyant une pléthore de places, mais la Ville n'a pas les moyens de pratiquer une politique de locaux scolaires, qui permettrait d'avoir plus de places qu'on a d'enfants et donc d'éviter ces déplacements. Le présent rapport sera mis à jour chaque année et sera présenté au Conseil de ville avec l'organisation des classes, en mars ou avril. Des mesures d'adaptation et de prise en compte des besoins immédiats pourraient peut-être être prises entre ce moment là et le mois d'août. Ces mesures ne remplacent cependant pas la planification à long terme, consistant à rénover, agrandir et mettre à disposition des locaux supplémentaires, sous forme de pavillons par exemple. À aucun moment il est souhaité, que les enfants soient pénalisés par des locaux, qui ne sont pas adaptés à leurs besoins et tous les moyens nécessaires seront entrepris, pour que la qualité des locaux soit garantie.

Stöckli Schwarzen Heidi, SP: Ich habe mich als Postulantin bisher noch nicht geäußert. Nach der Antwort des Gemeinderats möchte ich mich aber doch noch dazu äussern: Herr Moeschler hat zu Beginn seines Votums von der Überlastung des Schulamts aufgrund der Reformen der letzten Jahre gesprochen. Das anerkenne ich. Auch ich habe in diesem Bereich mitgearbeitet. Es kommt mir aber etwas seltsam vor und in meinen Augen ist diese Erklärung keine Rechtfertigung und Entschuldigung für den Zustand. In den Fristverlängerungen und Abschreibungen konnten Sie sehen, dass ich 2006 ein Postulat für eine umfassende Schulraumplanung eingereicht hatte. In diesem Vorstoss forderte ich, dass entweder ein externes Mandat vergeben wird, oder eine Person für diese Aufgabe freigestellt wird. Es war bereits damals längstens klar, dass dies nicht eine Person alleine nebenbei noch erledigen kann. Nun sind fünf Jahre vergangen, ohne dass irgendetwas passiert ist. Meines Erachtens ist dies auch eine Frage der Führungsverantwortung. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass sich der Gesamtgemeinderat dieser Sache annimmt und endlich handelt und dafür sorgt, dass es weiter geht.

Was mich am vorliegenden Bericht auch noch stört ist die Aussage, dass sich keine genaue Planung erstellen lasse. Das hört der Stadtrat seit Jahren. Es wird gesagt, eine Planung sei nicht sinnvoll, weil es von Jahr zu Jahr Verschiebungen gebe. Gleichzeitig lese ich zum ersten Mal, dass für den fehlenden Schulraum CHF 250 Mio. aufgeworfen werden müssen. Plötzlich ist es also möglich, eine Geldsumme zu beziffern. Verwende ich nun aber die Argumentation der Direktion muss ich mich fragen: Braucht es die CHF 250 Mio. wirklich? Kann es in zwei bis drei Jahren nicht plötzlich wieder anders aussehen?! Meines Erachtens ist die Argumentation der Bildungs-, Sozial- und Kulturdirektion nicht kohärent. Es würde mich freuen, wenn entweder im nächsten Bericht oder im Rahmen der Beantwortung der beiden Postulate darauf eingegangen wird, oder gar informiert wird, dass der Gemeinderat ein externes Mandat vergeben hat. Dadurch würden auch die Mitarbeitenden im Bereich Schule entlastet und sie könnten sich ihren ordentlichen Aufgaben, von denen ich annehme, dass es nicht wenige sind, widmen.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Il est vrai que le département a fourni des prestations extraordinaires au cours de ces dernières années. Néanmoins, les raisons du retard de ce rapport sont ailleurs. En effet, certains éléments quantitatifs nous manquaient encore pour la planification. Á l'exception des données du cycle élémentaire, nous sommes désormais en possession de tous les éléments permettant de satisfaire votre demande.

Esseiva Monique, 1ère Vice-présidente: La Commission de gestion propose de biffer les points 2 et 3.

Abstimmung

über den Änderungsantrag der GPK, die Ziffern 2 und 3 zu streichen.

Der Antrag der GPK wird angenommen.

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 24. Juni 2011, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht über die Schulraumplanung.

Esseiva Monique, 1ère Vice-présidente: Je clos maintenant la séance et vous souhaite une bonne fin soirée et à demain.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.50 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Thomas Lachat

Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Ana Gonzalez

Claire-Lise Kirchhof